

06005, 06012

„Wählen heißt erwachsen werden!“

Analyse des Wahlverhaltens 16- bis 18-
jähriger Jugendlicher bei den Wiener
Landtagswahlen 2005

Wien, Dezember 2005

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Daten zur Untersuchung	5
Einleitung	7
Executive summary	9
1 Methodische Vorgangsweise	11
1.1 Modul 1 – Analyse der Sprengellisten	11
1.2 Modul 2 – Repräsentative Telefonumfrage	11
1.3 Modul 3 – Qualitative Interviews	11
1.4 Modul 4 – Sekundärdatenanalyse Wahlaltersenkung	11
2 Modul 1: Wahlsprengelanalyse (Alexander Reichmann)	12
2.1 Struktur der Stichprobe	12
2.2 Wahlbeteiligung auf Basis der gezogenen Stichprobe	12
2.3 Schwankungsbreite	12
3 Modul 2: Repräsentative Umfrage (Mag.^a Sigrid Nitsch)	14
3.1 Wahlbeteiligung der 16- bis 18-Jährigen war höher als erwartet	14
3.1.1 Wahlbeteiligung bei der Wiener Landtagswahl	14
3.1.2 Wahlbeteiligung bei der Wiener Bezirksratswahl	15
3.1.3 Integration auf Wienerisch	15
3.1.4 Vorzugsstimmen	16
3.2 Wahlpräferenzen	17
3.2.1 Landtagswahl: SPÖ- und Grün-affine Jugend	17
3.2.2 Bezirksratswahl	19
3.3 Wahlmotive und Motive von NichtwählerInnen (Dr. Reinhard Zuba)	19
3.3.1 Hauptwahlmotiv: Mitbestimmungsrecht	19
3.3.2 Motive von NichtwählerInnen – kein Interesse	20
3.4 Themen als Wahlmotive (Dr. Reinhard Zuba)	21
3.4.1 Integrationspolitik als Wahlthema Nr. 1	21
3.5 Weitere Indikatoren für die Wahlbeteiligung und –entscheidung	23
3.5.1 Zusammenhang von Bildung bzw. sozialem Status und	
Wahlbeteiligung	23
3.5.2 Bildung der Mutter hat Einfluss auf Wahlentscheidung der	
Jugendlichen	24
3.5.3 Lebensstandard als Indikator für die Wahlpräferenz	25
3.6 Wahlinformationen – Informierte Jugendliche?	26
3.6.1 „Ganz Wien geht wählen“ – eine Kampagne der Stadt Wien,	
Abteilung Wahlen (MA62)	26
3.6.2 „Ich wähle“- Kampagne des Landesjugendreferates	27
3.6.3 Wahlinformation an den Schulen	28
3.7 Politische Aktivitäten der Jugendlichen im Wahlkampf	30
3.7.1 Diskussion über Landtagswahl	30
3.7.2 Aufforderung zur Landtagswahlteilnahme	31
4 Modul 3 –Qualitative Interviews (Dr. Ulrike Kozeluh)	33

4.1	Zusammenfassung der Interviews.....	33
4.1.1	Interessen/Leseverhalten/Informationsverhalten.....	33
4.1.2	Einstellungen/Werthaltungen/politisches Verhalten	34
4.1.2.1	Mitbestimmung.....	35
4.1.2.2	Politik	36
4.1.2.3	Wählen – Recht und/oder Pflicht.....	36
4.1.3	Wahlverhalten.....	37
4.1.3.1	Wissen über die Parteien, Vorbereitung, Diskussion	37
4.1.3.2	Information durch die Parteien	38
4.1.3.3	Zuordnung von Themen zu Personen oder Programmen.....	39
4.1.3.4	Wahlkampf	39
4.1.3.5	(Um) Orientierung, was wählen?	40
4.1.3.6	Wissen über den Wahlakt.....	41
4.1.3.7	Programm oder Person als Auslöser für die Wahl der Partei? 41	
4.1.3.8	Gemeinde-Bezirk- Vorzugstimmen	41
4.1.3.9	Stellenwert des Wahlergebnisses.....	42
4.1.4	Reflexion der Jugendlichen.....	42
4.2	Interpretation der Ergebnisse	44
4.2.1	Einstellungen und Werthaltungen zu Demokratie und politischer Beteiligung.....	44
4.2.1.1	Jugendliche bekennen sich zur parlamentarisch-repräsentativen Demokratie.....	44
4.2.1.2	Jugendliche nehmen Demokratie ernst	45
4.2.1.3	Wählen als moralisches Korrektiv	46
4.2.1.4	Distanz zu Institutionen.....	46
4.3	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	47
5	Modul 4 – Sekundärdatenanalyse Wahlaltersenkung (Mag. ^a Ingrid Kromer, Dr. Reinhard Zuba)	48
5.1	Wahlaltersenkung: empirische Ergebnisse seit 2000.....	48
5.1.1	Studie Tirol (2000): Jüngere und politikinteressierte Jugendliche für „Wählen mit 16 Jahren“	49
5.1.2	Studie Steiermark (2002): Mangelnde Information bei den Jugendlichen	50
5.1.3	Studie Wien (2002): Kids aus den Jugendzentren votieren für Wahlaltersenkung.....	51
5.1.4	Gemeinderatswahlen Burgenland (2002) : hohe Wahlbeteiligung bei den JungwählerInnen.....	51
5.1.5	Hohes Interesse der Jugendlichen bei folgenden Gemeinde- und Landtagswahlen	52
6	Analyse von Argumenten zur Wahlaltersenkung (Mag. ^a Ingrid Kromer, Dr. Reinhard Zuba)	53
6.1	Jugendliche sind unreif und politisch unmündig!	53
6.2	Jugendliche haben ein radikales Wahlverhalten!.....	55
6.3	Jugendliche wollen selbst nicht wählen!.....	57
7	Zusammenfassung.....	59
	Literaturverzeichnis	62
	Abbildungsverzeichnis	63
8	Anhang	64

8.1	Fragebogen: Umfrage - Modul 2.....	64
8.2	Überblick: Interviewpersonen Modul 3	73
8.3	Interviewleitfaden – Modul 3	74
8.4	Durchführende Institute	77

Daten zur Untersuchung

Thema:	Wahlverhalten Wiener Jugendlicher bei der Landtagswahl 2005
Auftraggeberinnen:	Amtsführende Stadtschulratspräsidentin Mag. ^a Dr. Susanne Brandsteidl Amtsführende Stadträtin für Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz & Personal Mag. ^a Sonja Wehsely Vizebürgermeisterin, Amtsführende Stadträtin für Jugend, Bildung, Information und Sport Mag. ^a Grete Laska
Förderinnen/Förderer:	Amtsführender Stadtrat für Kultur und Wissenschaft Dr. Andreas Mailath Pokorny Univ.-Prof. Dr. H. Ch. Ehalt, Wissenschafts- referent d. Stadt Wien FSG in der Arbeiterkammer Wien Donauuniversität Krems Österreichische Bundesjugendvertretung Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung Österreichische Gewerkschaftsjugend Österreichisches Institut für Jugendforschung Verein zur Förderung nachhaltiger Sozialforschung Wissenschaftszentrum Wien Zeit!Raum - Verein zur Förderung soziokultureller Arbeit
Projektgemeinschaft:	SORA Institute for Social Research and Analysis, Wien

	ÖIJ (Österreichisches Institut für Jugendforschung)
	WZW (Wissenschaftszentrum Wien)
Wissenschaftliche Leitung:	Günther Ogris, MA
AutorInnen:	Dr. Ulrike Kozeluh (WZW), Mag. ^a Ingrid Kromer (ÖIJ), Mag. ^a Sigrid Nitsch (SORA), Alexander Reichmann (SORA), Dr. Reinhard Zuba (ÖIJ)
Studiendesign:	Multimethoden-Design
Modul 1:	Quantitative Analyse der Sprengellisten: Analyse einer repräsentativen Stichprobe aus Wiener Wahlsprengeln, um tatsächliche Wahlbeteiligung zu erheben.
Modul 2:	Repräsentative Umfrage; 700 wahlberechtigte Wiener Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren; repräsentative Zufallsauswahl, telefonische Befragung, durchgeführt von Jaksch & Partner im November 2005, Gewichtung nach Geschlecht, Alter und Bildung lt. Volkszählungsdaten 2001
Modul 3:	Qualitative Studie: Elf face-to-face Interviews mit wahlberechtigter Wiener Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren
Modul 4:	Sekundärdatenanalyse von Studien und Forschungsarbeiten zur Wahlaltersenkung in Österreich seit dem Jahr 2000

Einleitung

Bei den Wiener Landtagswahlen 2005 waren erstmals Jugendliche ab dem vollendeten 16. Lebensjahr wahlberechtigt. Ihr Wahlverhalten wurde noch nie untersucht, es gab kein Datenmaterial über die Beteiligung dieser Jugendlichen an der Stadtpolitik.

Eine Projektgemeinschaft aus SORA, dem Wissenschaftszentrum Wien, dem Verein zur Förderung nachhaltiger Sozialforschung und dem Österreichischen Institut für Jugendforschung hatte sich zum Ziel gesetzt, das Wahlverhalten der Wiener Jugendlichen zu erheben. Im Rahmen einer Nachwahlanalyse sind wichtige Aspekte des Wahlverhaltens der 16- bis 18-Jährigen bei der Wiener Gemeinderatswahl geklärt worden.

- Wie war die Wahlbeteiligung unter den Jugendlichen?
- Welche Parteien haben die Jugendlichen gewählt?
- Was waren die Motive für die Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung bei den Wiener Wahlen?
- Wie gut waren die Jugendlichen über die Wahlen informiert und wie haben Sie den Wahlkampf wahrgenommen?
- Inwiefern haben sich die Jugendlichen am politischen Diskurs in der Phase vor der Wahl beteiligt?
- Inwiefern waren Jugendliche aktiv im Wahlkampf beteiligt?
- Gibt es zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen, zwischen Jugendlichen aus verschiedenen sozialen Milieus oder unterschiedlicher kultureller Herkunft Differenzen in der Beteiligung an den Wahlen, dem Wahlkampf und dem politischen Diskurs?

Diese Fragestellungen werden in vier unterschiedlichen Modulen behandelt, um daraus in weiterer Folge politische Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Im ersten Modul wurde versucht durch die Zählung einer Wahlsprengelstichprobe die tatsächliche Wahlbeteiligung Wiener Jugendlicher zwischen 16 und 18 Jahren zu erheben.

Das zweite Modul ist eine repräsentative telefonische Umfrage unter 700 Jugendlichen die vor allem das Wahlverhalten, die Wahrnehmung des Wahlkampfes und das Ausmaß der Wahlteilnahme aber auch die Wahrnehmung und Auswirkungen der Wahlinformationskampagnen der verschiedenen Abteilungen der Stadt Wien erhoben hat.

Der dritte Teil der Nachwahlanalyse (Modul 3) versucht in 11 face-to-face Interviews insbesondere den Werthaltungen und Wahlmotiven der 16- bis 18-Jährigen Jugendlichen auf den Grund zu gehen.

Das Modul 4 ist eine so genannte Sekundärdatenanalyse, also eine Zusammenfassung verschiedener Studien zum Thema Wahlaltersenkung, die in jenen Bundesländern durchgeführt wurden, wo bereits eine Wahl unter Miteinbeziehung der Jugendlichen ab dem vollendeten 16. Lebensjahr stattgefunden hat.

Executive summary

Unerwartet hohe Wahlbeteiligung unter den Jugendlichen

Entgegen den Erwartungen beteiligten sich die Jugendlichen mit 59% an der Landtagswahl und erreichten so knapp den Durchschnittswert der Gesamtwählerschaft (61%).

Wahlinformation wirkt!

Die konzertierten Wahlinformationen und –aktivitäten von Seiten der verschiedenen Magistratsabteilungen der Stadt Wien und in den Schulen steigerte die Wahlbeteiligung deutlich.

Eindeutige Rot-Grüne Mehrheit bei 16- bis 18-Jährigen

Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren wählten zu drei Viertel SPÖ (46%) und Grüne (26%). Die ÖVP (16%) und FPÖ (11%) liegen bei den ErstwählerInnen im Vergleich zum Wiener Gesamtergebnis etwas zurück.

Soziale Schichtzugehörigkeit bestimmt auch bei Jugendlichen die Wahlentscheidung

Es zeigte sich, dass sowohl die Einschätzung des eigenen Lebensstandards, die (Aus-)Bildung der Jugendlichen aber insbesondere die Bildung der Mutter großen Einfluss auf die Wahlentscheidung hatten. Die Ergebnisse bestätigen auch den Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und sozialer Schichtzugehörigkeit einerseits und höherer Wahlbeteiligung andererseits.

Wahlaltersenkung steigert Interesse an Politik

Die Möglichkeit zur Mitbestimmung und das Wahlrecht für Jugendliche standen an erster Stelle der Motive für die Wahlteilnahme. Die Jugendlichen hatten das Gefühl zum ersten Mal von der Politik ernst genommen zu werden.

Viele der jugendlichen Wahlberechtigten haben sich aktiv ins Geschehen rund um den Wiener Wahlkampf eingebracht, wurden zu informellen Opinion-Leadern und haben selbst jemanden zur Wahlteilnahme aufgefordert.

Integrationspolitik häufigstes Motiv für die Wahlentscheidung

Bei den Wahlthemen nannten die Jugendlichen die Integrationspolitik am häufigsten als ihre Antriebsfeder. Das Thema Integrationspolitik hat die Wahlbeteiligung gesteigert, wobei es vor allem zu Stimmengewinnen für die SPÖ

gekommen ist. Das Thema zeigt keinen signifikanten Zusammenhang mit der Stimmabgabe für die FPÖ. Es war bei vielen Jugendlichen Hauptbeweggrund die Stimme gegen die FPÖ abzugeben.

Jugendliche nehmen Demokratie ernst

Neben den Wahlmotiven zeigen auch die qualitativen Interviews, dass sich die Jugendlichen einhellig zu Grundwerten von Demokratie bekennen und diese fest in ihrem persönlichen Wertesystem verankert sind.

1 Methodische Vorgangsweise

1.1 Modul 1 – Analyse der Sprengellisten

Zur Erhebung der tatsächlichen Wahlbeteiligung hat SORA eine Stichprobe aus Wiener Wahlsprengeln ausgewertet. Aus diesen Wählerlisten konnte die tatsächliche Wahlbeteiligung der 16- bis 18-Jährigen erhoben werden. Die Frage nach der Wahlbeteiligung in der Umfrage (Modul 2) barg das Problem sozial erwünschter Antworten.

1.2 Modul 2 – Repräsentative Telefonumfrage

Im quantitativen Teil der post-election study wurden vor allem das Wahlverhalten, die Wahrnehmung des Wahlkampfes und das Ausmaß der Wahlteilnahme erhoben. Die repräsentative Stichprobengröße von 700 telefonisch Befragten erlaubt die gesonderte Darstellung von bestimmten soziodemografischen Gruppen wie

- MigrantInnen
- Lehrlinge/SchülerInnen
- Frauen/Männer

Der empirisch-analytische Sozialforschungsansatz fußt auf einem Fragebogen, welcher auf einem international vergleichbaren Modell-Fragenkatalog aufbaut, der im Rahmen des EU-Forschungsprojektes EUYOUPART entwickelt wurde.

1.3 Modul 3 – Qualitative Interviews

Im qualitativen Teil der Studie wurden im Laufe des Monats November elf face-to-face Interviews mit wahlberechtigten Wiener Jugendlichen geführt. Diese Gespräche fokussierten vor allem auf die Wahl- und Nichtwahlmotive.

1.4 Modul 4 – Sekundärdatenanalyse Wahlaltersenkung

Im Rahmen dieser Nachwahlenanalyse hat das ÖIJ versucht den aktuellen Stand der Forschung sowie die aktuelle Situation auf Bundesländerebene zum Thema Wahlaltersenkung zu dokumentieren. Zudem wurde versucht die Argumente gegen die Wahlaltersenkung zu analysieren und mit den aktuellen Ergebnissen in Bezug zu setzen.

2 Modul 1: Wahlsprengelanalyse (Alexander Reichmann)

Um die reale Wahlbeteiligung der 16- bis 18-Jährigen bei der Gemeinderatswahl in Wien einschätzen zu können wurde eine repräsentative Stichprobe, geschichtet nach Wiener Wahlsprengeln, gezogen:

2.1 Struktur der Stichprobe

Es handelt sich um eine geklumpte Zufallsstichprobe, zuerst wurde eine Zufallsauswahl von 138 Wahlsprengeln gezogen, innerhalb dieser Wahlsprengeln wurde eine Totalerhebung aller 16 bis 18-jährigen Wahlberechtigten (n= 3080) durchgeführt.

Grundgesamtheit Wahlsprengel:

Wiener Wahlsprengel ohne Wahlkartensprengel: n = 1818

Stichprobe Wahlsprengel: n = 138

Grundgesamtheit Jugendliche:

Wahlberechtigte WienerInnen im Alter von 16 bis 18 Jahren: n = 39.918

Stichprobe aus 138 Wahlsprengeln: n = 3080

2.2 Wahlbeteiligung auf Basis der gezogenen Stichprobe

Die Auszählung der gezogenen Wahlsprengel ergab eine Wahlbeteiligung von **59,1 %** innerhalb der untersuchten Altersgruppe.

2.3 Schwankungsbreite

Da die Verteilungen in unserer Sprengelstichprobe in wesentlichen Kriterien wie:

- Anteil der Wahlberechtigten 16- bis 18-Jährigen
- Wahlergebnis der gezogenen Sprengel
- geschlechtsspezifische Verteilung
- Verteilung nach Bezirk

nicht wesentlich von der Grundgesamtheit aller Wahlsprengel abweicht, kann man eine **Schwankungsbreite von 1,7%** berechnen. Diese Schwankungsbreite bedeutet, dass die Wahlbeteiligung der 16-18-jährigen Jugendlichen nicht signifikant von jenen aller Wahlberechtigten abweicht.

3 Modul 2: Repräsentative Umfrage (Mag.^a Sigrid Nitsch)

3.1 Wahlbeteiligung der 16- bis 18-Jährigen war höher als erwartet

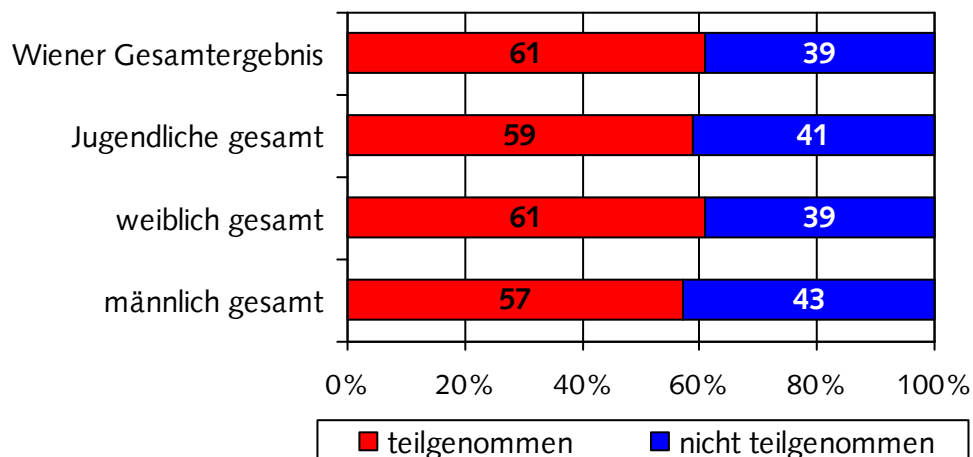
Bei sehr vielen Wahlen ist die Wahlbeteiligung von ErstwählerInnen niedriger als jene der älteren Wählerinnen und Wähler. Aufgrund dessen hatte die Senkung des Wahlalters Sorgen ausgelöst, dass dadurch die Wahlbeteiligung zurückgehen könnte. Diese Befürchtungen waren unbegründet.

3.1.1 Wahlbeteiligung bei der Wiener Landtagswahl

Die Wiener Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren haben von ihrem Wahlrecht ebenso wie alle anderen wahlberechtigten Wienerinnen und Wiener Gebrauch gemacht. 59% der Jugendlichen, das sind in absoluten Zahlen rund 23.500 von ca. 39.800 wahlberechtigten 16- bis 18-Jährigen, haben am 23. Oktober ihre Stimme abgegeben.

Junge Frauen beteiligten sich mit 61% im Vergleich zu den gleichaltrigen Männern (57%) etwas stärker an der Landtagswahl.

Abbildung 1: Vergleich der Wahlbeteiligungen bei der Wiener Landtagswahl (Gesamt, Jugendliche, nach Geschlecht)

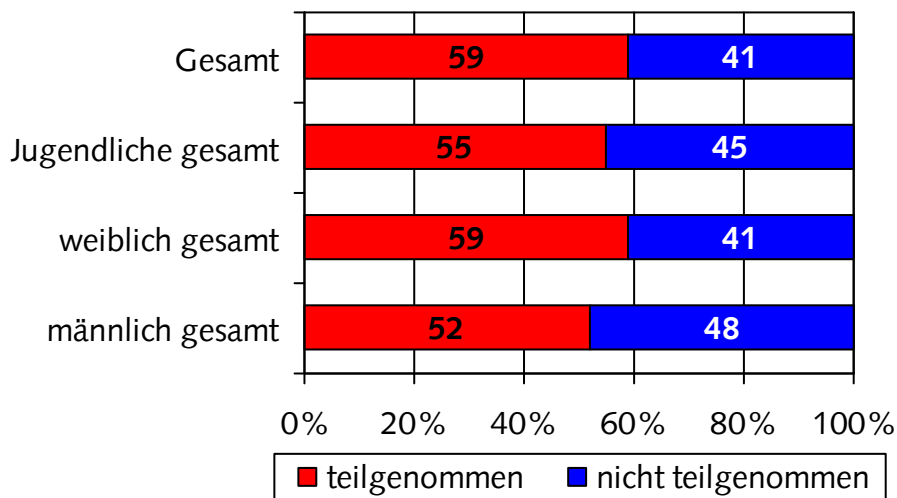


Quelle: SORA/ÖIJ/WZW

3.1.2 Wahlbeteiligung bei der Wiener Bezirksratswahl

Bei den Bezirksratswahlen lag die Wahlbeteiligung der Jugendlichen mit 55% leicht unter dem Durchschnitt. Bei jungen Frauen war die Beteiligung mit 59% wiederum etwas höher als bei ihren männlichen Altersgenossen (52%).

Abbildung 2: Vergleich der Wahlbeteiligungen bei der Wiener Bezirksratswahl (Gesamt, Jugendliche, nach Geschlecht)



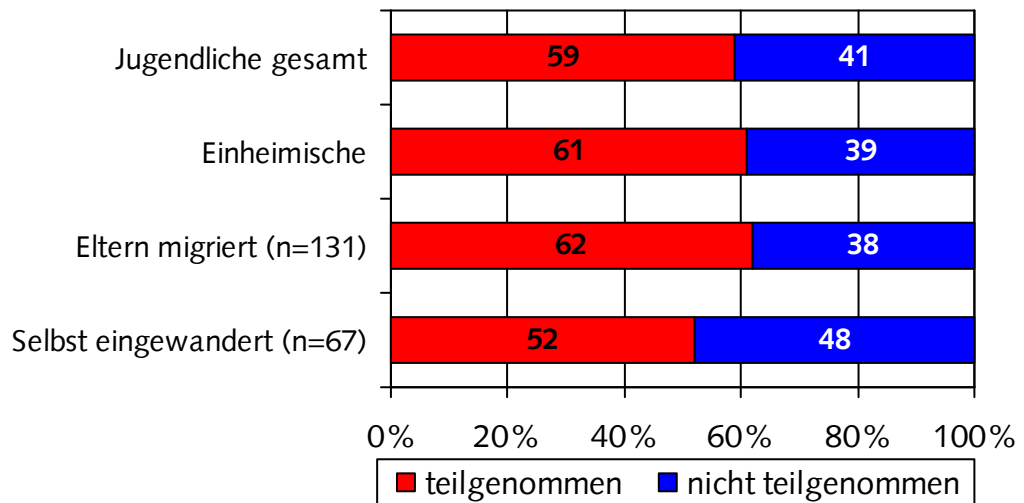
Quelle: SORA/ÖIJ/WZW

3.1.3 Integration auf Wienerisch

Die Wahlbeteiligung der Jugendlichen der 2. Generation (in Österreich geboren, Eltern eingewandert) lag gleich hoch wie jene der „einheimischen“ Jugendlichen, deren Eltern in Österreich geboren wurden.

Die Jugendlichen der 1. Generation (nicht in Österreich geboren, selbst eingewandert) wählten zu 46%. Ihre Beteiligung liegt somit ein Zehntel unter der durchschnittlichen Wahlbeteiligung der 16- bis 18-Jährigen.

Abbildung 3: Vergleich der Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen (Jugendliche gesamt, nach Herkunft)



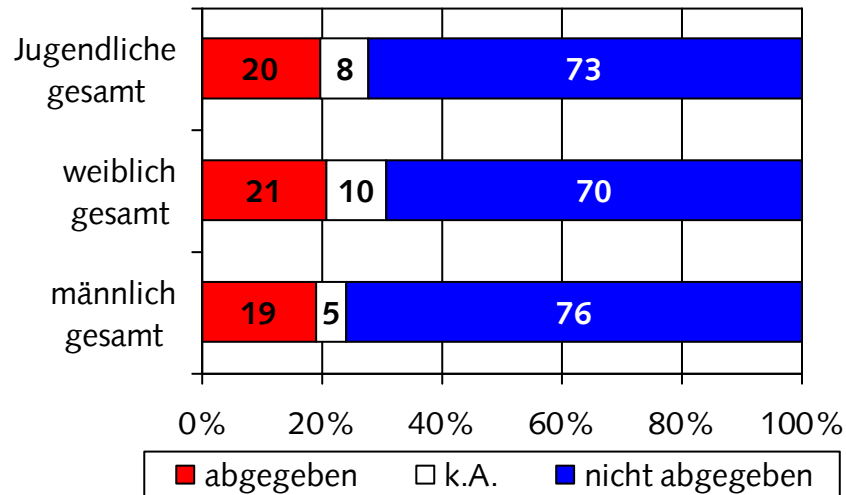
3.1.4 Vorzugsstimmen

Das Ergebnis der Vorzugsstimmenwahlbeteiligung der Jugendlichen sollte im Vergleich mit den tatsächlich abgegebenen Vorzugsstimmen gesehen werden, um den Faktor der sozialen Erwünschtheit auszuschließen.

Tatsächlich wurden bei insgesamt 679.565 gültigen Stimmen bei der Wiener Landtagswahl insgesamt 113.553 Vorzugsstimmen abgegeben. D. h. 16,7% der WählerInnen haben von ihrer Vorzugsstimme auf Gemeinderatsebene Gebrauch gemacht.

Bei den Bezirksratswahlen wurde im geringeren Ausmaß namentlich gewählt. Tatsächlich wurden bei 688.121 gültigen Stimmen insgesamt 68.529 Vorzugsstimmen gezählt. Das sind 10% der gültigen Stimmen zur Bezirksratswahl.

Die Werte für die befragten Jugendlichen liegen eindeutig in einem plausiblen Bereich. Die durchgeführte Befragung deutet darauf hin, dass die Jugendlichen leicht über dem Durchschnitt von der Möglichkeit zur Abgabe von Vorzugsstimmen Gebrauch gemacht haben.

Abbildung 4: Vorzugsstimmegebrauch (Jugendliche gesamt, nach Geschlecht)

Fragestellung im Wortlaut: Haben sie von ihrer Vorzugsstimme Gebrauch gemacht?

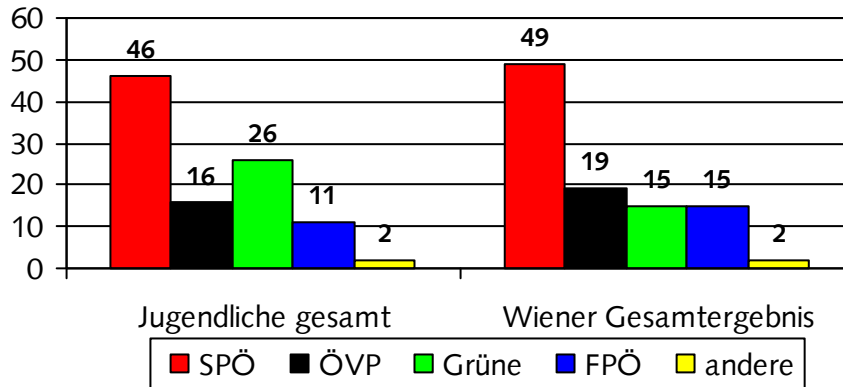
Quelle: SORA/ÖIJ/WZW

3.2 Wahlpräferenzen

3.2.1 Landtagswahl: SPÖ- und Grün-affine Jugend

Die SPÖ ist bei den 16- bis 18-Jährigen ähnlich stark wie bei der Gesamtwählerschaft in Wien und auch in dieser Altersgruppe eindeutig die stärkste Partei. Die Grünen bekamen bei den Jugendlichen ein Viertel aller Stimmen, sie schnitten signifikant besser ab als beim Rest der Wiener Wahlbevölkerung. ÖVP und FPÖ liegen in dieser Altersschicht etwas hinter ihrem Gesamtergebnis. Fast drei Viertel (72%) aller Jugendlichen haben entweder rot oder grün gewählt.

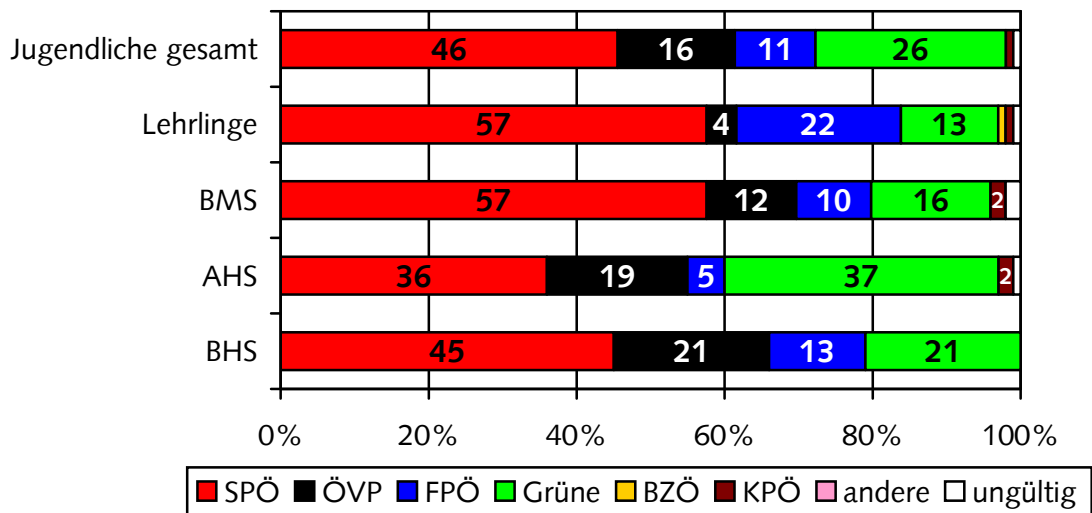
Abbildung 5: Landtagswahlfrage, nur Deklarierte



Quelle: SORA/ÖIJ/WZW, Angaben in Prozent

Starke Unterschiede im Wahlverhalten gibt es zwischen SchülerInnen und Lehrlingen bzw. BerufsschülerInnen. Zwar ist die SPÖ bei allen Gruppen stark, bei den Lehrlingen und BMS-SchülerInnen ist ihr Anteil mit fast 60% aber besonders hoch. Die Grünen konnten vor allem bei AHS-SchülerInnen punkten.

Abbildung 6: Wahlpräferenz nach Bildung



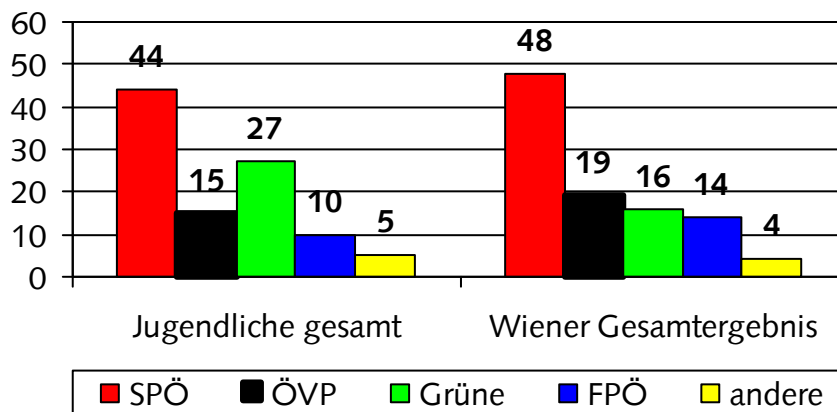
Quelle: SORA/ÖIJ/WZW

Jene Jugendliche, die bei der FPÖ ihr Kreuz gemacht haben, sind überwiegend männliche Lehrlinge/Berufsschüler und Berufstätige. Die ÖVP wurde von überdurchschnittlich vielen BHS-Schülern und AHS-Schülerinnen gewählt.

3.2.2 Bezirksratswahl

Bei den Bezirksratswahlen liegt die SPÖ bei den 16- bis 18-Jährigen ebenfalls als stärkste Partei mit 44% an erster Stelle. Auch auf dieser Ebene sind die Grünen mit 27% der Stimmen der Jugendlichen deutlich über dem Gesamtergebnis von 16%. ÖVP und FPÖ liegen auch hier unter dem Gesamtdurchschnitt. Ähnlich wie bei den Landtagswahlen haben auch hier die Jugendlichen mit 71% rot oder grün gewählt.

Abbildung 7: Bezirksratswahlfrage, nur Deklarierte



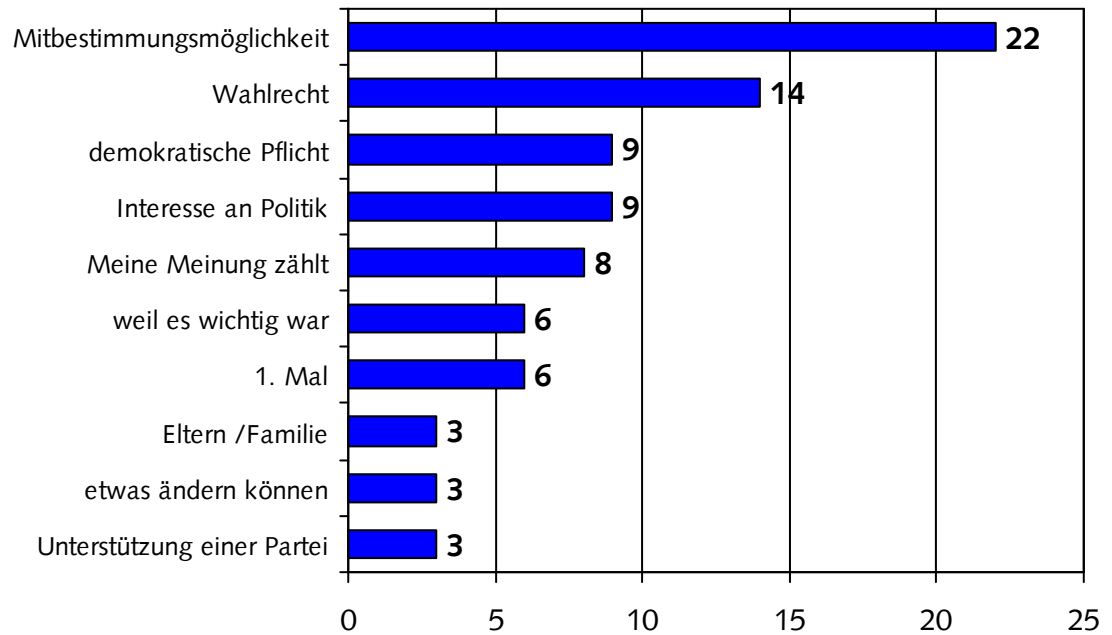
Quelle: SORA/ÖIJ/WZW, Angaben in Prozent

3.3 Wahlmotive und Motive von NichtwählerInnen (Dr. Reinhard Zuba)

Aufgrund der erstmaligen Wahlmöglichkeit der 16- bis 18-Jährigen bei der Wiener Landtagswahl ist die Motivlage der Jugendlichen von besonderem Interesse.

3.3.1 Hauptwahlmotiv: Mitbestimmungsrecht

Bei den Wahlmotiven liegen die Mitbestimmungsmöglichkeit und das Wahlrecht für Jugendliche an der Spitze der Nennungen. Die meisten Antworten auf die Frage, warum die Jugendlichen teilgenommen haben, (Mitbestimmungsmöglichkeit, Wahlrecht, demokratische Pflicht, erstes Mal, meine Meinung zählt) sind als grundlegende Akzeptanz der Demokratie und des Wahlrechtes zu interpretieren. Die Jugendlichen fühlen sich dadurch erstmals von der Politik ernst genommen. Mit 67% ist auch ein überdurchschnittlich hoher Prozentsatz der Meinung, dass die Wahlaltersenkung das Interesse an Politik steigert (Gesamt: 58%).

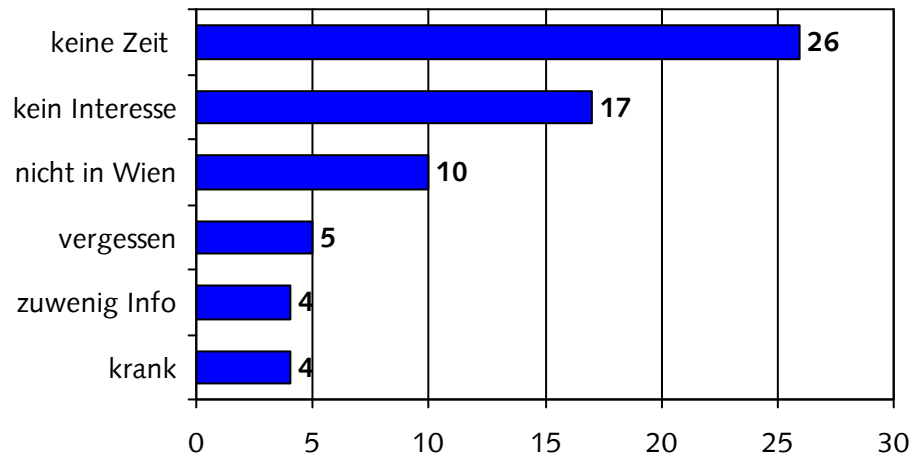
Abbildung 8: Wahlmotive der Jugendlichen

Quelle: SORA/ÖIJ/WZW Angaben in Prozent; n= 539, offene Frage

Jene Jugendlichen, die als Wahlmotiv das Änderungspotential, die Möglichkeit der Mitbestimmung oder die demokratische Verpflichtung genannt haben, sind zu zwei Drittel sehr oder ziemlich an Politik interessiert. Jene Burschen und Mädchen, die „das erste Mal“ als Motiv genannt haben, sind dagegen nur zu einem Drittel stärker an Politik interessiert. Ein hohes Interesse am Wahlkampf haben vor allem Jugendliche mit gesellschaftlicher Veränderungsbereitschaft (59%), mit Mitbestimmungswunsch (53%) und politischem Interesse (44%) gezeigt.

3.3.2 Motive von NichtwählerInnen – kein Interesse

Auch die Gruppe der NichtwählerInnen wurde gebeten, ihre Motive zu nennen. Als Hauptgründe wurden Zeitmangel bzw. mangelndes Interesse genannt. Vier von fünf Burschen und Mädchen, die „keine Zeit“ als Ursache für die Nichtbeteiligung angegeben haben, sind wenig bzw. gar nicht an Politik interessiert.

Abbildung 9: Motive der NichtwählerInnen

Quelle: SORA/ÖIJ/WZW Angaben in Prozent; n=158, offene Frage

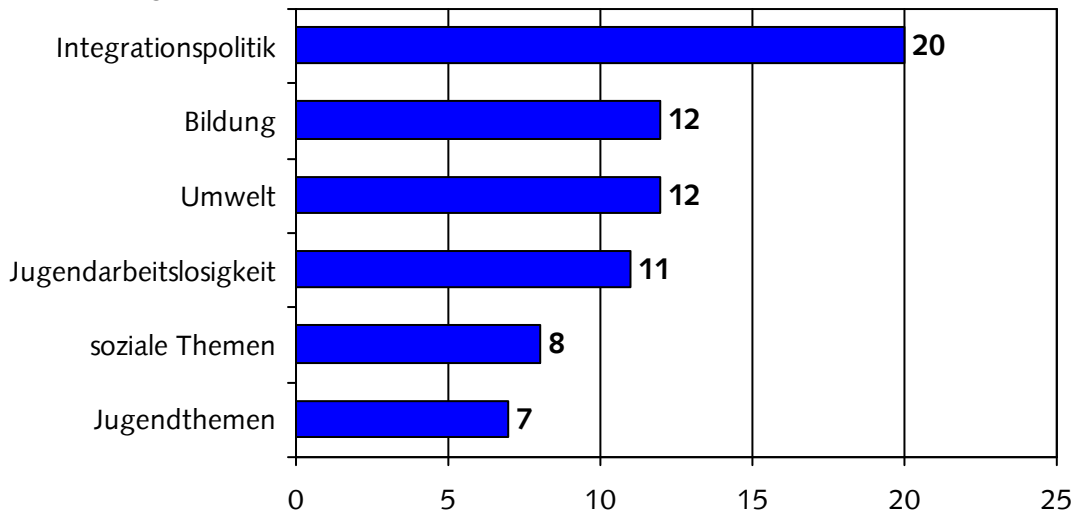
Jene Jugendlichen, die als Motiv „keine Zeit“ angegeben haben (n=41), sind zu 78 % wenig bzw. gar nicht an Politik interessiert. Die Mehrheit dieser Burschen und Mädchen (54%) sind der Auffassung, dass die Wahlaltersenkung sinnlos sei, da die Jugendlichen zu wenig über Politik wüssten.

3.4 Themen als Wahlmotive (Dr. Reinhard Zuba)

60% der ErstwählerInnen sind zur Wahl gegangen. Davon hat nur rund jede/r Achte (13%) die Entscheidung für eine Partei mit der Person des Spitzenkandidaten begründet. Vier von fünf ErstwählerInnen haben Sachthemen genannt.

3.4.1 Integrationspolitik als Wahlthema Nr. 1

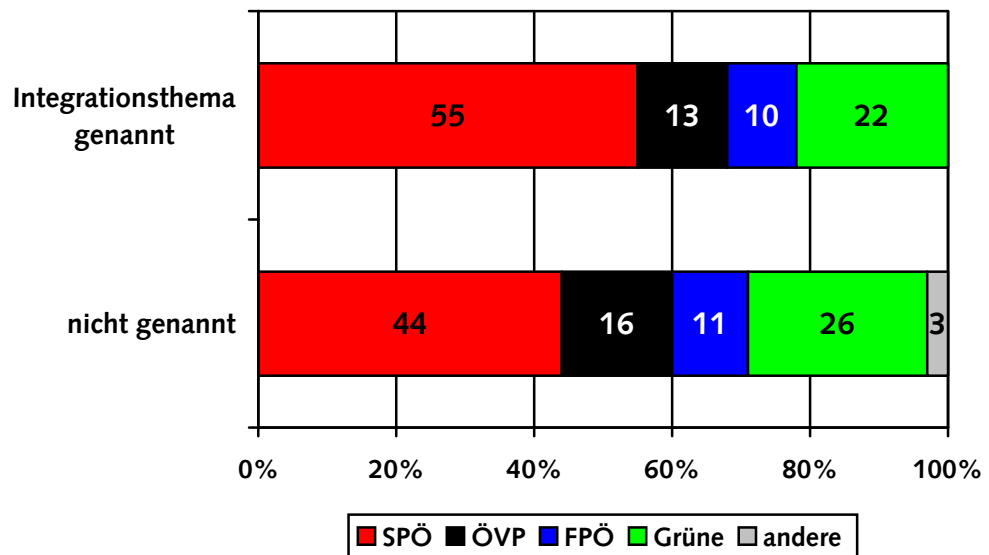
Die Integrationspolitik wurde von den Jugendlichen am häufigsten als Wahlmotiv genannt. (Mehrfachantworten möglich).

Abbildung 10: Themen als Wahlmotive

Quelle: SORA/ÖIJ/WZW, n=443, offene Frage, Mehrfachantworten möglich, Angaben in Prozent

Daraus kann man folgern, dass die Integrationspolitik das wichtigste Diskussionsthema unter den Jugendlichen war und es das Hauptmotiv dafür war seine Stimme gegen die FPÖ abzugeben.

Weiters waren die Themenbereiche Bildung, Umwelt, Jugendarbeitslosigkeit und Soziales Hauptmotive für die Wahlentscheidung der Jugendlichen.

Abbildung 11: Wahlpräferenzen, wenn Integrationspolitik genannt

Quelle: SORA/ÖIJ/WZW

Bei jenen Jugendlichen, die das Integrationsthema als wichtiges Thema bei ihrer Wahlentscheidung genannt hatten, zeigt sich im Vergleich zu jenen die das Thema nicht nannten, eine deutliche Präferenz für die SPÖ und zudem eine höhere Wahlbeteiligung (63%). Daraus lässt sich schließen, dass die

Jugendlichen bewusst aufgrund der Integrationspolitik, die SPÖ gewählt haben. Weder bei der ÖVP, noch bei den Grünen oder der FPÖ zeigen sich in dieser Frage signifikante Abweichungen.

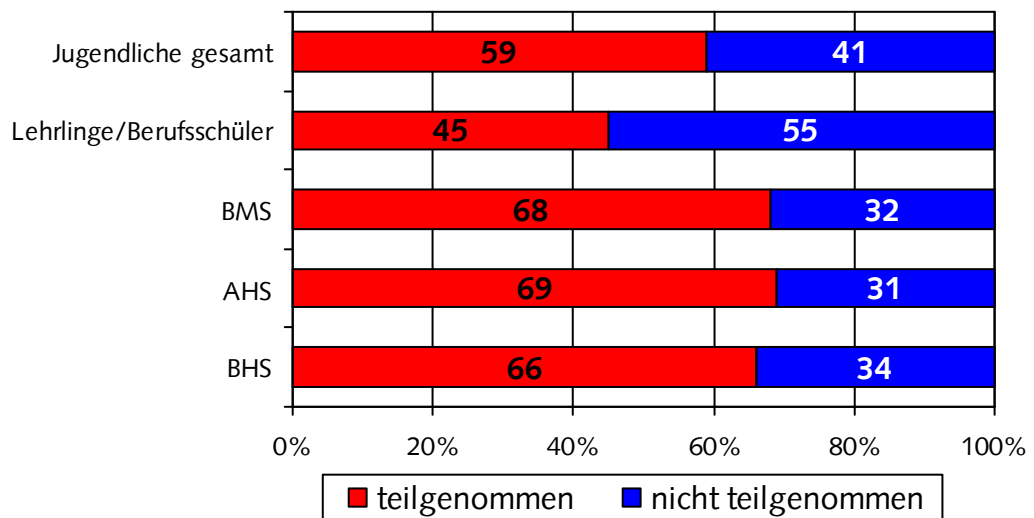
3.5 Weitere Indikatoren für die Wahlbeteiligung und –entscheidung

3.5.1 Zusammenhang von Bildung bzw. sozialem Status und Wahlbeteiligung

Im Bezug auf die Wahlbeteiligung bestätigt sich die These von Pippa Norris die besagt, dass die Faktoren sozialer Status, Einkommen und Bildung bei der Wahlbeteiligung einen Unterschied von bis zu 10% ausmachen können

If the highest and lowest levels of educational attainment are compared, turnout proved to be 10% lower for those with minimal educational attainment (who failed to complete primary school) than for college graduates¹

Abbildung 12: Wahlbeteiligung nach Bildung



Quelle: SORA/ÖIJ/WZW

Many individual-level studies of participation have confirmed a strong link between educational background and the propensity to vote, with the effect occurring, (...), through the way that schooling

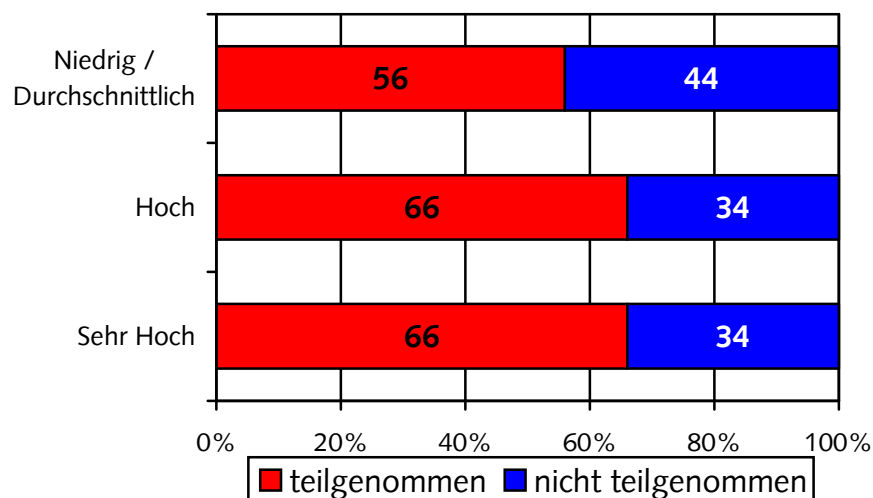
¹ [Norris, Pippa \(2002\) Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism, Chapter 5, The Puzzle of Electoral Turnout, Who votes? , Cambridge](#)

and college effects the intervening role of political attitudes, by boosting political interest, information and efficacy.²

Es besteht jedenfalls ein klarer Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und sozioökonomischem Entwicklungsstand einerseits und höherer Wahlbeteiligung andererseits.³

People of higher socioeconomic status – in terms of education, income and occupation – are commonly far more active in politics.⁴

Abbildung 13: Wahlbeteiligung nach Einschätzung des Lebensstandards (Jugendliche gesamt)



Quelle: SORA/ÖIJ/WZW

3.5.2 Bildung der Mutter hat Einfluss auf Wahlentscheidung der Jugendlichen

Soziale Schichtzugehörigkeit ist auch bei den Wiener Jugendlichen ein wesentlicher Einflussfaktor für das Wahlverhalten. Besonders deutlich zeigt sich dies, wenn man die Jugendlichen nach dem Bildungsabschluss der Mütter unterteilt.

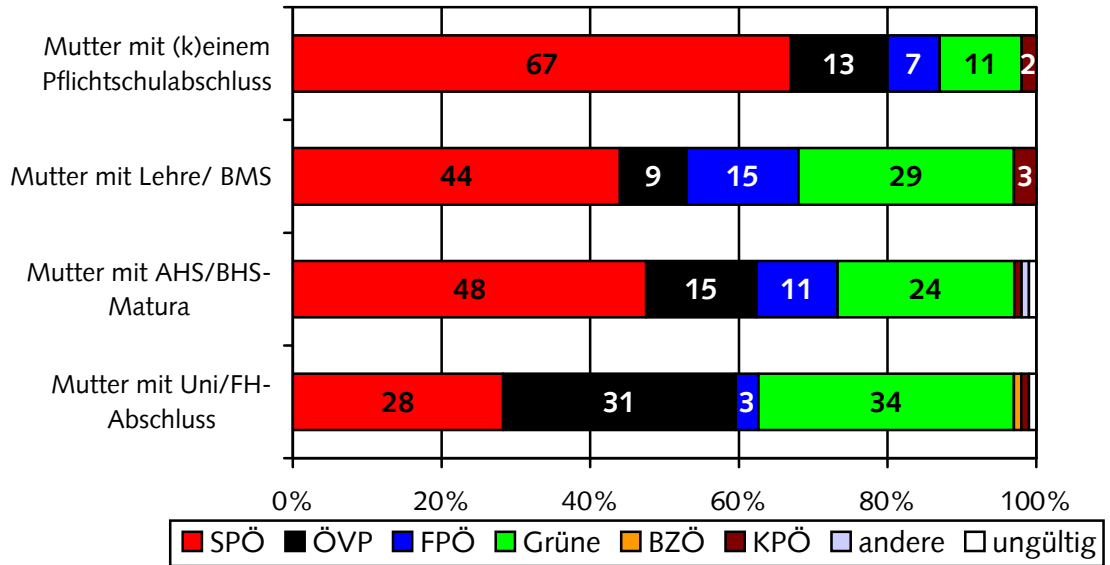
Je niedriger die höchste abgeschlossene Bildung der Mutter desto eher sind die Jugendlichen SPÖ-affin. Ist die Mutter eine Akademikerin, dann sind die Grünen die stärkste Partei und auch die ÖVP liegt noch vor der SPÖ.

² [Norris, Pippa \(2002\) Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism, Chapter 3, The Puzzle of Electoral Turnout, Mapping Turnout, Cambridge](#)

³ [Norris, Pippa \(2002\) Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism, New York: Cambridge University Press](#)

⁴ [Norris, Pippa \(2004\) Electoral Engineering - Voting Rules and Political behaviour, New York: Cambridge University Press](#)

Abbildung 14: Wahlpräferenz nach Bildung der Mutter (Jugendliche gesamt)

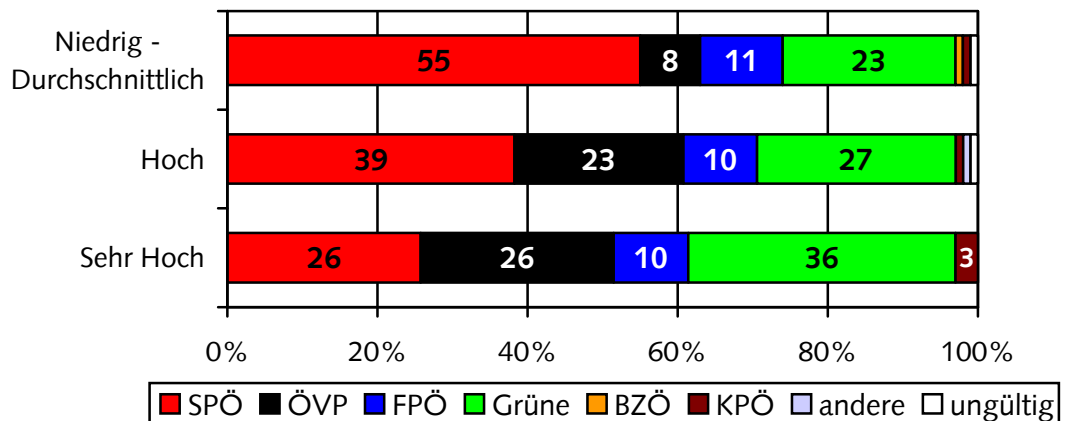


Quelle: SORA/ÖIJ/WZW

3.5.3 Lebensstandard als Indikator für die Wahlpräferenz

Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn man soziale Schichtzugehörigkeit über den subjektiv wahrgenommenen Lebensstandard definiert. Jugendliche, die ihren Lebensstandard niedrig bis durchschnittlich einschätzen, sind stark SPÖ-affin. Je höher der eigene Lebensstandard eingestuft wird desto größer wird die Affinität zur ÖVP und zu den Grünen.

Abbildung 15: Wahlpräferenz nach Einschätzung des Lebensstandards (Jugendliche gesamt)



Quelle: SORA/ÖIJ/WZW

3.6 Wahlinformationen – Informierte Jugendliche?

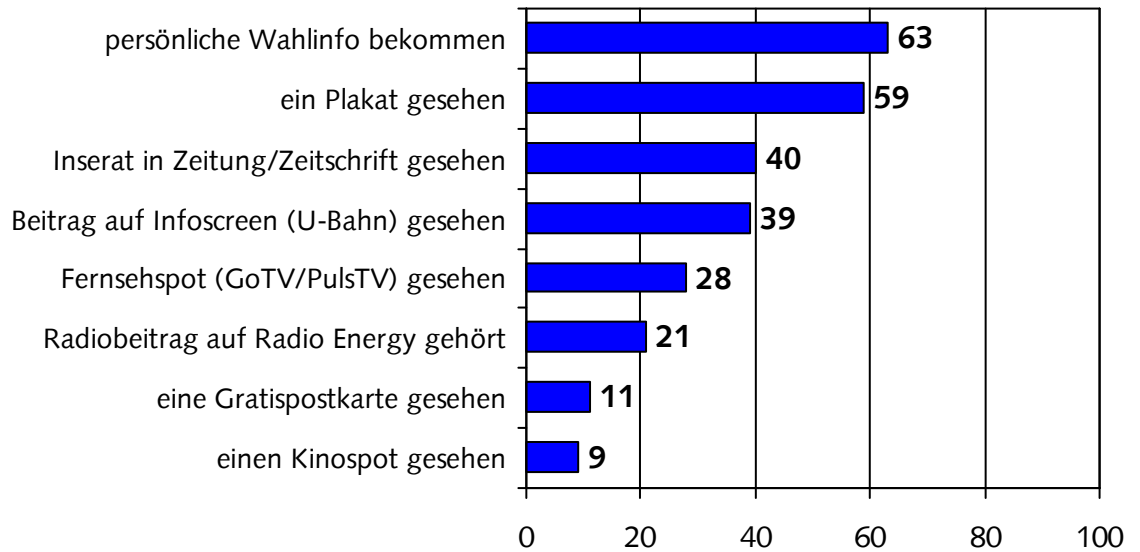
Im Vorfeld der Wiener Landtagswahlen wurden von der MA 62, Abteilung Wahlen der Stadt Wien und dem Landesjugendreferat (MA13) Wahlinformationskampagnen durchgeführt. Auch an den Schulen wurde auf die Wahlen, die Wahlaltersenkung und durch verschiedene Projekte auf die Landtagswahl aufmerksam gemacht.

3.6.1 „Ganz Wien geht wählen“ – eine Kampagne der Stadt Wien, Abteilung Wahlen (MA62)

Die Wahlinformationskampagne „Ganz Wien geht wählen“ erreichte die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen und hatte positive Auswirkungen auf deren Wahlbeteiligung. Von ca. 39.800 wahlberechtigten Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren haben rund 34.500 (87%) diese Wahlinformationskampagne in irgendeiner Form wahrgenommen. Jene Jugendlichen, die die Wahlkampagne wahrgenommen haben, gingen zu 61% zur Wahl. Von jenen, die keinerlei Berührungspunkte mit der Kampagne hatten, beteiligten sich lediglich 53% an der Wahl.

- 25.150 Jugendliche, das sind zwei Drittel der wahlberechtigten 16- bis 18-Jährigen, haben eine persönliche Wahlinformation bekommen.
- Rund 23.600 Jugendliche haben ein Plakat der Wahlinformationskampagne gesehen.
- 16.000 Jugendliche haben ein Inserat der Kampagne in einer Zeitung oder Zeitschrift gesehen.
- Rund 15.500 Jugendliche haben einen Beitrag auf einem Infoscreen in der U-Bahn gesehen.
- Rund 11.000 Jugendliche haben eine Fernsehwerbung auf Go TV oder Puls TV gesehen.
- Rund 8.500 Jugendliche haben einen Radiobeitrag auf Radio NRJ gehört.
- Rund 4.500 Jugendliche haben die Gratispostkarte mit kleinem Hund gesehen.
- Rund 3.400 Jugendliche haben im Kino den Kampagnenspot gesehen.

Abbildung 16: Wahrnehmung der Wahlinformationskampagne „Ganz Wien geht wählen!“

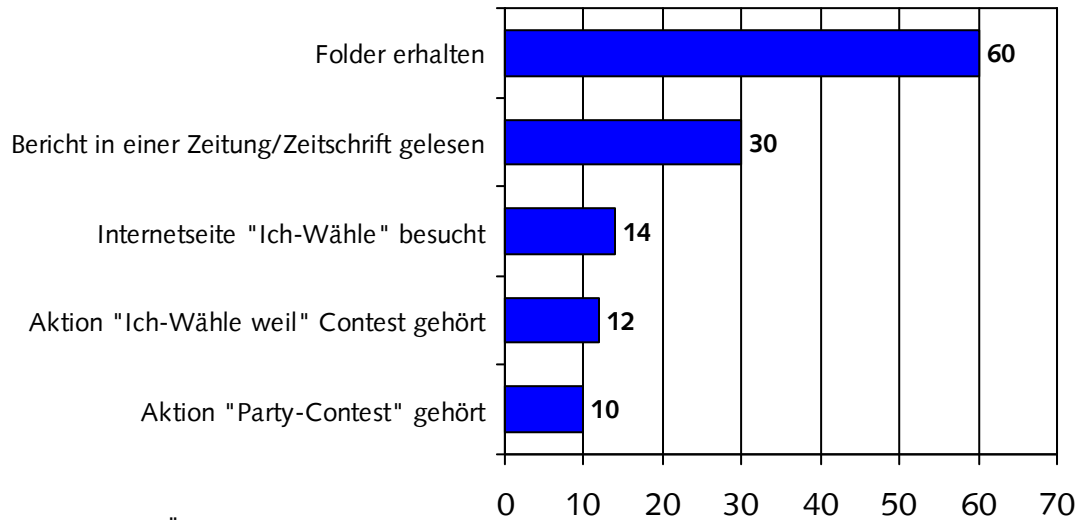


Quelle: SORA/ÖIJ/WZW, Angaben in Prozent

3.6.2 „Ich wähle“ - Kampagne des Landesjugendreferates

Die Wahlinformationskampagne „Ich Wähle“ des Landesjugendreferates hat ebenfalls den Großteil der Jugendlichen erreicht und sich auch positiv auf deren Wahlbeteiligung ausgewirkt. Von ca. 39.800 wahlberechtigten Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren haben zwei Drittel (~26.400) die Kampagne des Landesjugendreferates in irgendeiner Form wahrgenommen. Die Wahlbeteiligung bei jenen Jugendlichen die die Wahlkampagne wahrgenommen haben, lag bei 64%, bei jenen die nicht erreicht werden konnten nur bei 53%.

- Rund 20.000 Jugendliche haben den Folder des Landesjugendreferates erhalten, rund 15.500 haben ihn auch durchgelesen.
- 11.900 Jugendliche haben einen Bericht des Landesjugendreferates in einer Zeitung oder Zeitschrift gesehen.
- Rund 5.600 Jugendliche haben die Internetseite „ich-waehle.at“ besucht.
- Rund 4.700 Jugendliche haben vom „Ich wähle weil“-Contest, 4.000 vom „Party-Contest“ gehört.

Abbildung 17: Wahrnehmung der Wahlinformationskampagne „Ich Wähle“

Quelle: SORA/ÖIJ/WZW, Angaben in Prozent

3.6.3 Wahlinformation an den Schulen

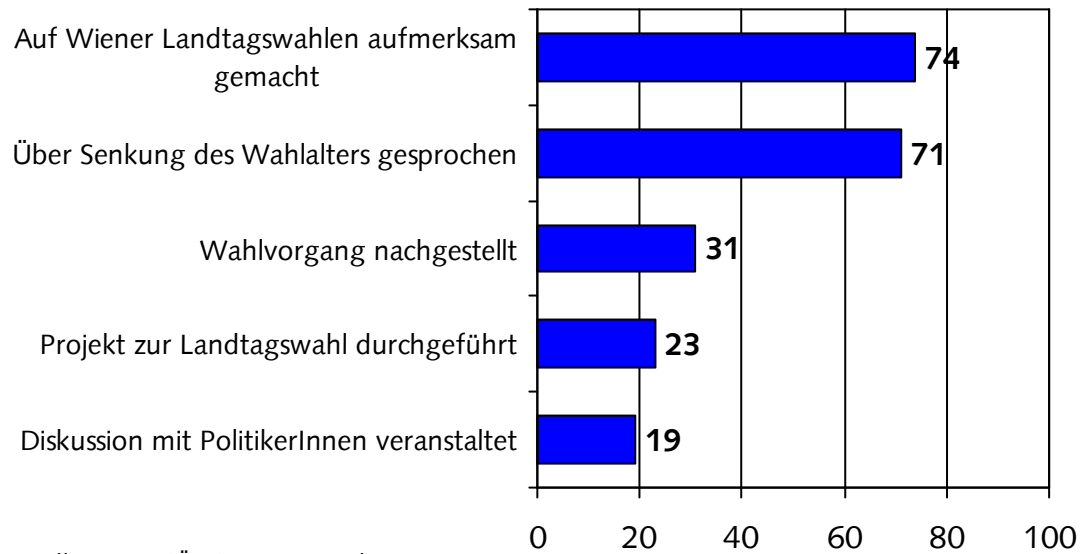
Die Wahlinformationen und -veranstaltungen an den Schulen erreichten die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen und hatten positive Auswirkungen auf deren Wahlbeteiligung.

Von ca. 31.000 wahlberechtigten (Berufs-)SchülerInnen erreichten die schulischen Informationen und Veranstaltungen zur Wiener Landtagswahl 83 %, das sind rund 25.900 SchülerInnen.

Jene SchülerInnen, die Wahlinformationen in der Schule wahrgenommen haben, gingen zu 62% zur Wahl. Von jenen, die keinerlei schulische Informationen im Bezug auf die Landtagswahl bekamen, beteiligten sich lediglich 55% an der Wahl.

- 22.900 Jugendliche, das sind 74% der wahlberechtigten SchülerInnen, wurden in der (Berufs-) Schule auf die Wiener Landtagswahlen aufmerksam gemacht.
- Um die 22.000 SchülerInnen (71%) sind von der Senkung des Wahlalters in der (Berufs-) Schule informiert worden.
- Bei circa 9.500 (Berufs-) SchülerInnen (31%) wurde der Wahlvorgang im Unterricht nachgestellt.
- Bei 7.000 Jugendlichen (23%) wurde in der (Berufs-) Schule ein Projekt zur Landtagswahl durchgeführt.
- Rund 6.000 SchülerInnen (19%) nahmen an einer Diskussion teil.

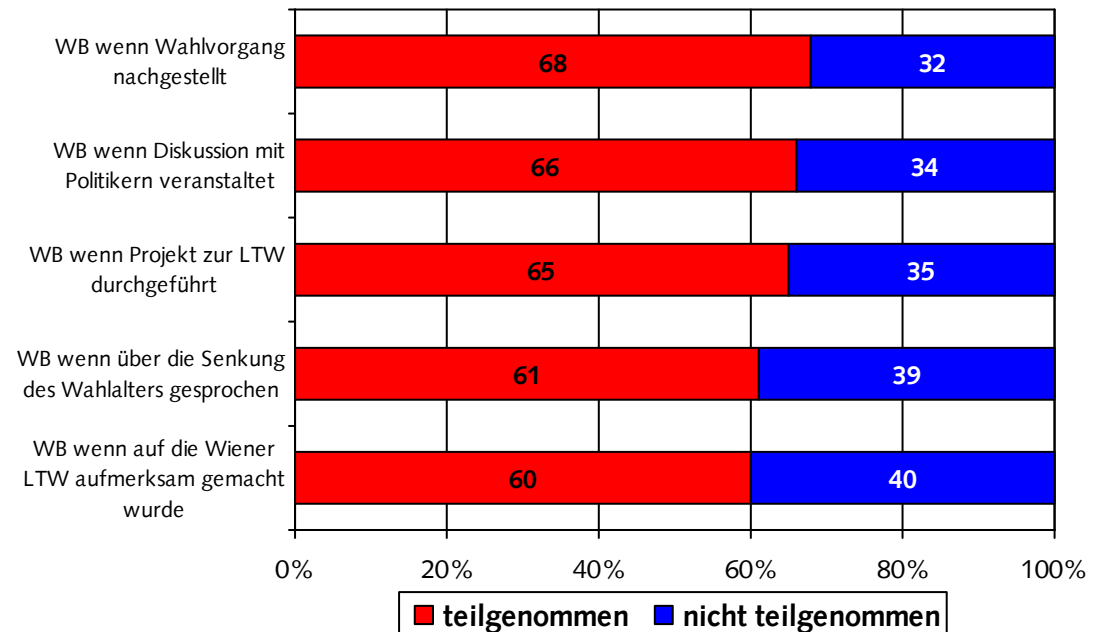
Abbildung 18: Wahrnehmung der Wahlinformationen bzw. -veranstaltungen an den Schulen (SchülerInnen gesamt)



Quelle: SORA/ÖIJ/WZW, Angaben in Prozent

Vor allem Projekte zur Landtagswahl, die Diskussion mit PolitikerInnen und insbesondere das Nachstellen des Wahlvorgangs wirkten positiv auf die Wahlbeteiligung der (Berufs-) SchülerInnen.

Abbildung 19: Auswirkungen der Schulaktivitäten auf die Wahlbeteiligung (WB) der SchülerInnen



Quelle: SORA/ÖIJ/WZW

Die konzertierten Wahlinformationskampagnen der MA 62 „Ganz Wien geht wählen!“, der MA13 „Ich wähle“ und die diversen Aktivitäten an den Wiener

Schulen zur Landtagswahl waren im höchsten Maße effektiv und konnten die Wahlbeteiligung der Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren steigern.

Dies ist nicht nur für die Wiener Landtagswahlen 2005 als Erfolg zu werten, sondern hat auch längerfristige positive Wirkung auf die Wahlbeteiligung der ErstwählerInnen, denn:

Erfahrungen mit der Politik führen zur Einbindung und Integration in das politische Geschehen. Dieser Zusammenhang ist anhand der Wahlbeteiligung empirisch belegt worden. Je häufiger BürgerInnen sich bereits an Wahlen beteiligt haben, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich auch an zukünftigen Wahlen beteiligen. Wahlerfahrung führt zu fortgesetzter Beteiligung. Beteiligt sich eine jüngere Alterskohorte schon im gleichen Ausmaß an Wahlen wie eine ältere, so bleibt auch die Wahlbeteiligung in dieser Alterskohorte, also einer Gruppe von Geburtsjahrgängen, dauerhaft stabil.⁶

Da diese Beobachtung vermutlich auch für andere Beteiligungsformen gilt, gewinnt ein politisches System dem es gelingt die Jüngeren mit einzubeziehen, in der Abfolge von jüngeren Alterskohorten beständig an politisch interessierten und integrierten BürgerInnen.

3.7 Politische Aktivitäten der Jugendlichen im Wahlkampf

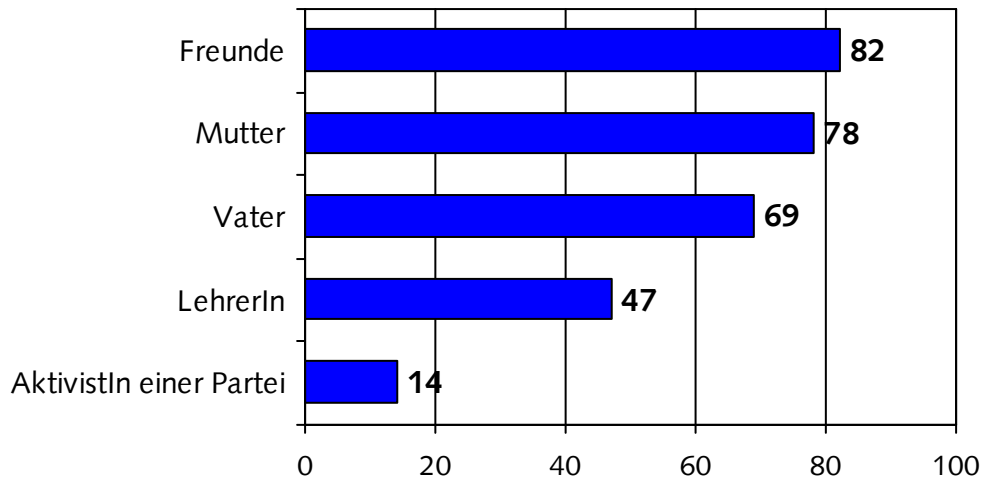
Die Jugendlichen haben sich im Vorfeld der Wahlen aktiv in die Diskussion eingebracht, mit anderen über ihre Wahlteilnahme diskutiert oder andere zu dieser aufgefordert.

3.7.1 Diskussion über Landtagswahl

Viele Jugendliche haben in ihrem Umfeld über die Teilnahme an der Wahl gesprochen. An erster Stelle stehen dabei die Freunde, dicht gefolgt von den Eltern. Fast die Hälfte der Jugendlichen hat mit ihren LehrerInnen über die Landtagswahlteilnahme gesprochen, etwa jeder siebente (14%) mit einem/r AktivistIn einer Partei.

⁶ Statistisches Bundesamt (Hrg.): Datenreport 2002 , (Kapitel E Gesellschaftspolitik 18 Politische Integration und politische Engagement)

Abbildung 20: GesprächspartnerInnen über Teilnahme an Landtagswahl (Jugendliche gesamt)

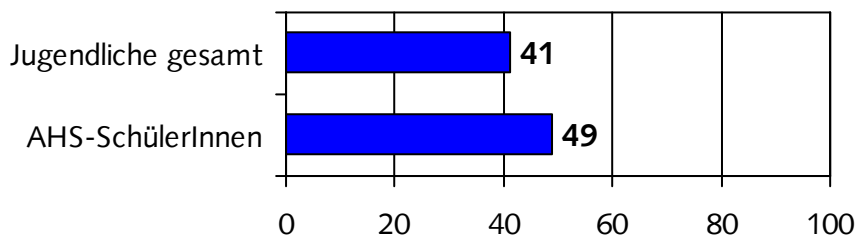


Quelle: SORA/ÖIJ/WZW, Angaben in Prozent

3.7.2 Aufforderung zur Landtagswahlteilnahme

Viele der jugendlichen Wahlberechtigten in Wien haben sich aktiv ins Geschehen rund um die Wahl eingebracht – und nicht nur passiv den Wahlkampf über sich ergehen lassen. 41% der Wiener Jugendlichen haben selbst jemanden aufgefordert, an der Wahl teilzunehmen, und so selbst eine informelle Opinion-Leader-Rolle übernommen. Bei den AHS-SchülerInnen war sogar jede/r Zweite (49%) aktiv, um andere zur Wahlteilnahme zu aktivieren.

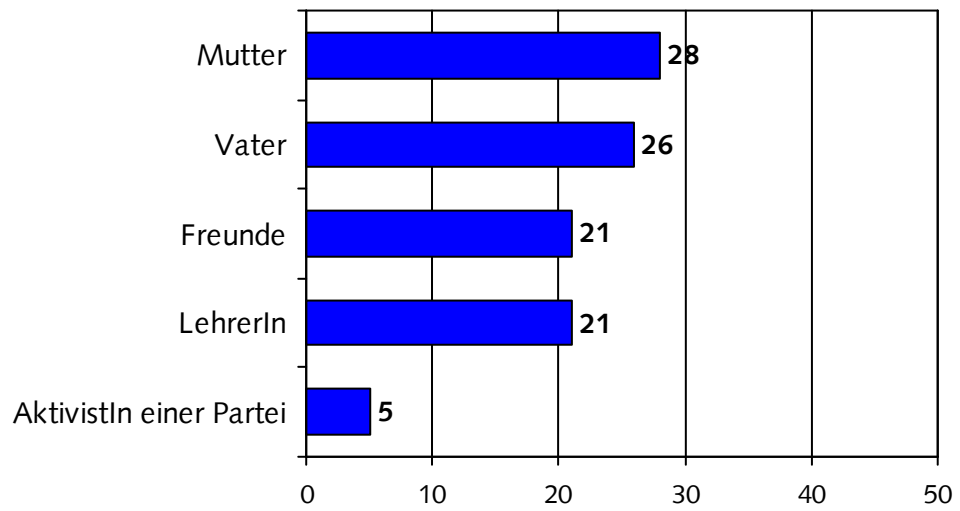
Abbildung 21: Aufforderung zur Wahlteilnahme (Jugendliche gesamt und AHS-SchülerInnen)



Quelle: SORA/ÖIJ/WZW, Angaben in Prozent

Etwa ein Viertel (23%) der Jugendlichen hat sich dabei aktiv für eine Partei oder eine/n KandidatIn ausgesprochen.

Die Jugendlichen selbst wurden überwiegend von ihren Eltern zur Wahlteilnahme aufgefordert. Freunde und Lehrer spielen dabei aber ebenfalls eine bedeutende Rolle.

Abbildung 22: Aufforderung zur Wahlteilnahme durch...(Jugendliche gesamt)

Quelle: SORA/ÖIJ/WZW, Angaben in Prozent

4 Modul 3 –Qualitative Interviews (Dr. Ulrike Kozeluh)

In 11 face-to-face Interviews sind die Werthaltungen und Wahlmotive Jugendlicher zwischen 16 und 18 Jahren untersucht worden. Diese elf Jugendlichen, acht männliche und drei weibliche, wurden insbesondere nach ihren Einstellungen, Werthaltungen zu Demokratie und politischer Beteiligung sowie ihrem konkreten Wahlverhalten befragt. In Kapitel 4.1 werden zunächst die prägnantesten Aussagen der Jugendlichen zu den einzelnen Themen zusammengefasst, im darauf folgenden Kapitel (4.2) erfolgt die politikwissenschaftliche Interpretation der Ergebnisse.

4.1 Zusammenfassung der Interviews

Um einen Einblick in das Freizeitverhalten, das Wertesystem, das Demokratie- und Politikverständnis sowie das Wahlverhalten der Jugendlichen zu bekommen, folgt eine Zusammenstellung der wichtigsten Aussagen aus den Interviews.

4.1.1 Interessen/Leseverhalten/Informationsverhalten

Die häufigst genannten Freizeitaktivitäten waren: Asiatische Sportarten, Tanzen, Malen, Skateboard fahren, Fernsehen, FreundInnen treffen, Computer; Pfadfinder, Geld verdienen; Musik machen/hören; Texte schreiben, faul sein.

Lesen: Comics, Belletristik, Fantasy, Fachzeitschriften (je nach Ausbildungsrichtung, eher jene, die eine HTL besuchen) „wenig Zeit“ fürs Lesen außerhalb der Schule; auch das „Beschäftigtsein“ mit Pubertät, Persönlichkeitsbildung und –findung sind Argumente.

Zeitungen: U-Bahnexpress; Krone, Kurier, Standard (Sport und Politik), das was zu Hause herumliegt, was in die Finger fällt, quer durch, eher beiläufig. Zeitungen werden noch nicht selbst gekauft.

Informationseinholung passiert nicht regelmäßig, sondern zusätzlich, ausgleichend, ergänzend oder bereits vorhandene Informationen ersetzend, über die Schule sowie andere Medien: google, teletext, orf.at, standard.at; Fernsehen gilt weniger als kontinuierliches Informationsmedium.

4.1.2 Einstellungen/Werthaltungen/politisches Verhalten

Die eigene Meinung vertreten, für etwas einstehen wird als wichtig beurteilt. Man muss zumindest versuchen, etwas für oder gegen eine Sache zu tun. „Man kann sich nicht beschweren, wenn man nichts versucht hat“

Sich einsetzen ist auch wichtig, um „Vorurteile aus der Welt zu schaffen“, Engagement ist wichtig „damit man selber probiert, etwas zu verändern“, auch damit „andere ihre Meinung ändern“.

Engagement ist positiv konnotiert, wird generell als Veränderung *um zu verbessern* interpretiert.

Diskussionen werden als Ort des Engagements verstanden, wobei unterschiedliche Meinungen kein Grund sind, Freundschaften aufzukündigen.

Gut auskommen mit den anderen ist wichtig, diskutieren ist wichtig. „Ich hör mir erst mal alles an...“ „jeder hat andere Ansichten“ „es ist nicht so, dass ein Freund kein Freund mehr ist, weil er politisch anders denkt“.

„Meine Mama geht mehr mit der Zeit, dass was ihr momentan nicht behagt, dazu sucht sie sich die Politiker aus... so, wie man es auch machen sollte...“

Wenn Ungerechtigkeiten erfahren werden, werden diese entschieden artikuliert und zur Diskussion gestellt. Wenn man überzeugt ist von etwas, wird das Thema zur Diskussion gestellt, auch wenn es andere nicht interessiert. Man gibt die eigene Meinung „gern preis“. Diskursive Ansätze werden gepflegt: „hast du gehört, was gestern war, hast du gelesen, was sagst du dazu“, Themen mit tagespolitischem Bezug werden in der Schule, mit Eltern und außerschulischen FreundInnen diskutiert.

Meinungsäußerung ist wichtig „für das eigene Wohlbefinden“ und „das der Allgemeinheit“.

Politische Bildung in der Schule ist relevant als festgelegter Ort und Zeit für Diskussionen. Bei Freizeitaktivitäten wie Sport wird mehrheitlich nicht über politische Themen diskutiert. Diskussionen über „Zuwanderung“ werden zum Streit bei „rassistischen Äußerungen“ in der Klasse, d.h. es gibt ein eindeutiges Wertesystem.

Im Freundeskreis herrscht eher dieselbe Meinung vor. Vereinszugehörigkeit gilt nicht als sinnstiftend bzw. als Identitätsfaktor.

Die Wahl war/ist Anstoß zu gesteigertem Interesse an politischen Themen (Hauptthemen Migration/Integration/Bildung). Formuliert wird durchaus auch die Bürde der Verantwortung die mit dem Recht zu wählen einhergeht: „ich hab jetzt meine Stimme abzugeben, d.h. ich muss irgendwie schauen, wie ist das eigentlich...“

Reflektiertes Denken zeigt sich durch: einerseits, andererseits, deswegen - Argumentation. Man muss beide Seiten überlegen, warum argumentiert der Andere so. Es herrscht Klarheit, was man will und was nicht. Keine *ich weiß nicht*- Antworten.

Taktische Überlegungen sowie Wählen als moralisches Korrektiv herrscht vor: „Viele denken nicht nach, was sie wählen, wenn die wählen gehen, das ist katastrophal“ Nur 2 von 11 Personen schreiben Diskussionen keinen besonderen Wert zu: „voreingestellte Meinungen kann man eh nicht wirklich ändern“.

Der Ausbildungshintergrund hat Auswirkungen auf die Engagement-Argumentation: „Ich bin nicht so, dass ich glaube, ich kann die Welt verändern“: (kein Ausbildungsplatz, AMS Schulung)

„Wenn ich dann meine Ausbildung und einen Arbeitsplatz habe, hab ich wieder mehr Zeit, mich zu engagieren.“ (,Ausbildungsplatz, AMS-Schulung)

4.1.2.1 Mitbestimmung

Heißt in erster Linie Wählen, aber auch...

- damit Entscheidungen schneller getroffen werden
- ist wichtig für die persönliche Bedürfnisbefriedigung, „weil jeder Mensch ein Verlangen danach hat, seine Bedürfnisse zu befriedigen“;
- um eine allgemeine Meinung zu tragen, durchzusetzen, zu entwickeln,
- „ein Recht in der Demokratie“
- Meinungsäußerung „ist eine persönliche Freiheit“
- die Möglichkeit, außer Wahlen, direkt, persönlich etwas zu verändern;
- die Möglichkeit, sich zusammentun, zu einer größeren Gruppe, um etwas durchzusetzen, zu appellieren
- „Meinungen sammeln – bis sich alle einig sind, oder man einen Kompromiss erreicht“
- „den eigenen Senf dazugeben“
- „ungültig wählen ist auch ein Statement in irgendeiner Form“

- Volksbefragung hat „nichts mit Mitbestimmung zu tun – ob das dann respektiert wird, ist ein anderes Thema“
- Ob Mitbestimmung „was bringt, muss jeder selbst entscheiden“
- „Das ist das was bei uns eigentlich das Volk darf in der Politik.“

Richtige Mitbestimmung wäre auch schon die Problemdefinition: „Politiker sollte viel öfter fragen: „Was wollt ihr eigentlich?“

Mitbestimmen ist eher lokal verortet möglich: „Dinge verändern, in dem Umfeld, in dem man lebt“

Mitbestimmen ist wichtig...„aber das Bestimmen das machen eh immer die Parteien... ich kann nicht viel machen, ich bin keine Politikerin“

4.1.2.2 Politik

Politik „wird spannend durch das Ergebnis“

Politik heißt

- Politiker; „die bestimmen, was passieren soll“; „Menschen, die sich mit der Führung des Staates beschäftigen“;
- „Ist ein Überbegriff über etwas Höheres“
- Parteien, die verschieden Ziele vor Augen haben;
- Parteien, die versuchen, Stimmen für sich zu gewinnen;
- „Leute in grauen Anzügen mit irrsinnig guter Rhetorik“;
- „dass die Politiker immer dicker werden“;
- Politik als Überbegriff von Demokratie, Monarchie, Diktatur;
- was in der Klasse passiert.
- sich einsetzen;
- „sie“; „die“; dass das alle falsch machen;

4.1.2.3 Wählen – Recht und/oder Pflicht

„Wählen gehen ist wichtig, weil sonst nichts weiter geht.“

Dass Wählen wichtig ist, wurde einerseits von den Eltern vorgelebt („das wird einem eingeprägt“) andererseits empfinden es die Befragten als freien Entschluss, der in ihnen selbst gereift ist; im engeren Freundeskreis herrscht über Recht und Notwendigkeit des Wählens Übereinstimmung;

- sonst kann ich nichts verändern, kann mich nachher nicht beklagen;

- ist mein Recht;
- ich bin froh, dass ich wahlberechtigt bin, dass ich nicht irgendwie minderwert bin
- man muss einfach hingehen, wenn man etwas erreichen will
- über die, die nicht wählen gegangen sind, schüttelt man den Kopf, ärgert sich; man findet es schade; - weil jede Stimme zählt;
- Jedoch muss letztlich jeder selber wissen was er tut;
- „aber wenn wir alle drauf verzichten, haben wir irgendwann eine Diktatur“;
- Wählen ist ein Statement, dass einem nicht alles egal ist.
- Wählen „macht aber nur Sinn, wenn man eine Meinung hat“

„Andere waren zu faul, hatten keine Zeit“, Überredungsversuche gab es, Hauptargument: es ist ein Recht, und jede Stimme zählt;

Resigniert („das was ich wähle, kommt sowieso nicht an die Macht“) oder nicht informiert waren eher die anderen. Ob man wählen geht oder nicht wurde im Freundeskreis diskutiert und begründet, im Elternhaus vorausgesetzt.

Taktisches Wählen wurde bereits angewandt „Viele denken nicht nach, was sie wählen, wenn die wählen gehen, das ist katastrophal.... man muss versuchen, dem Einhalt zu gebieten“!

Wählen gilt nicht nur als persönliche Meinungsäußerung sondern auch als moralisches Korrektiv: Wählen um die Demokratie zu verteidigen;

4.1.3 Wahlverhalten

4.1.3.1 Wissen über die Parteien, Vorbereitung, Diskussion

- Diskussionen mit den Eltern; z.B. beim gemeinsamen Nachrichtenschauen;
- Schule, Fach Politische Bildung aber auch durch andere engagierte LehrerInnen in Freistunden;
- Gruppenarbeiten zu den Parteiprogrammen; Selbstrecherche in der Schule und zu Hause
- Beilagen für ErstwählerInnen in den Tageszeitungen (Kurier, Standard) als Quelle für Diskussionen in der Schule
- Programmvergleich anlässlich relevanter Themen wie Migration, Integration, Bildungspolitik in der Schule und im Freundeskreis

- die Broschüren, die von den Parteien zugesandt wurden, wurden in der Schule besprochen;
- Flyer wurden vor der Schule verteilt;
- Selbstinformation im Internet; als Ergänzung bzw. Korrektiv zu den Zeitungen und den Broschüren;
- auf orf und puls-tv die Diskussionen mit den Spitzenkandidaten angeschaut;
- Informationen durch „die Stadt, das Fernsehen, die Zeitungen, meine Eltern“
- „Man konnte der Information kaum entkommen“;

Die Mehrheit fühlte sich gut informiert, Informationsanstöße erfolgten mehrheitlich durch die Schule und die Eltern, Diskussionen in der Schule mit Eltern und Freunden, betont wird die Selbstinformation.

4.1.3.2 Information durch die Parteien

Die Zusendungen wurden unterschiedlich wahrgenommen:

- In den Broschüren waren „Nur Hauptthemen, aber nicht genau was sie machen wollen“
- „Ich war gut informiert. Mit den Briefen kamen Kurzfassungen von den Programmen, zusammengefasste Argumente des Wahlkampfes, mit Verweisen auf die Homepage“
- „Ich habe keine Information bekommen, nur Werbung“
- „Von manchen Parteien, z.B. den Grünen, war ich viel zu zuwenig informiert“ – Kinowerbung der Grünen wurde als „seltsam“ empfunden
- Positiv wird die Selbstdarstellung von Parteien dann, wenn sie klar ausdrücken, wofür sie stehen, was sie tun wollen
- Abgelehnt wird Anwerbung (z.B. „Mach bei uns mit“), Stimmenfang („Was da alles nach Haus kam –furchtbar“) sowie Zielgruppen-Werbung („so wie die ÖVP“)
- Zuwenig Information wurde ausgeglichen durch Selbstinformation mittels anderer Medien
- Negativnennungen: Grüne (weil zu wenig und unverständliche, themenzersplitterte Information) und FPÖ (unseriös, lächerlich, die Themen) „hc-man“ (Maskottchen der FPÖ);

Generell fühlten sich die Befragten durch Zusendungen belästigt, wollen sich lieber selber informieren: „unnötig, nervend die ganzen Flyer“,

„rausgeschmissenes Geld“, „sind eh überall Plakate und dann schicken sie einem das noch nach Hause“. Hoher Grad an Sensibilität für Seriosität.

4.1.3.3 Zuordnung von Themen zu Personen oder Programmen

- Eindeutig Themen und Personen zuordenbar : „FPÖ- Ausländerhetze“; „also die Plakate vom Herrn Strache“; „seine Wahlsprüche sind sehr schlimm, der ist mir ziemlich gut aufgefallen“ Themen: „Wien darf nicht Istanbul werden“; „Herr im eigenen Haus“; „das Ausländerproblem“; „Duell um Wien“;
- SPÖ: Person zuordenbar: Häupl, aber keine eindeutigen Themen („Wien ist schön“, „prahlen“; „dass Wien gut funktioniert“; „für Wissenschaft, Forschung und so“;)
- Grüne: keine Namensnennung; Themen: „dass sie grün sind“; „Nahversorgung“; „sind menschenfreundlich“; „gegen Jugendzentren“; „Studentenpartei, von den Studentenbezirken gewählt worden; „gegen Studiengebühren“; „zu links“, „zu viele Einzelthemen“;
- ÖVP: Person: Hahn; „er hat es mit Zurückhaltung probiert“; „nicht die Leute volltexten und die anderen schlecht machen“; aber auch: „immer das selbe; die waren halt da, wie immer“; „das war nur so eine Herumgehacke“ „die ÖVP findet es wichtig, die SPÖ niederzumachen“; Themen: „Altersheime und Krankenhäuser;“
- Orange- „die sind untergegangen“
- KPÖ- „das Plakat fand ich nicht schlecht;“

4.1.3.4 Wahlkampf

Der FPÖ Wahlkampf erreichte die meiste Aufmerksamkeit:

- „die FPÖ-Masche, mit den eindeutigen Aussagen, die war schon sehr heftig.“;
- „der extrem ausländerfeindliche Wahlkampf der FPÖ“;
- „von der FPÖ natürlich die ganze Ausländerhetze“
- „Unter der Gürtellinie, diese Hin und Her Plakatiererei“
- Positiv beurteilt wurde, „dass Häupl nicht auf Strache einsteigt“,

und löste Reflexionen über den Wahlkampf selbst aus:

- „Dadurch dass das war mit den Plakaten von blau, ist auch mehr geredet worden über die ganzen Werbungen von sämtlichen Parteien.“

- „Mit einem extremen Wahlkampf kann man überall auf der Welt Stimmen machen, so 10-15%“
- Abgelehnt wird „Gegenwerbung; man soll doch *für* etwas sein; nicht die anderen runtermachen“;
- offensiver Stimmenfang wird als „ärgerlich“ empfunden: z.B. Parteien vor der Schule
- Beobachtet wurde „das Werbeverhalten von den Parteien – wer viel/wenig plakatiert, wer sich zurückhält, wer was sagt und ob das eben auch Sachen sind, die irgendwie einen Sinn ergeben.“
- „Dass es heftiger zugeht ist gut, dann geht was weiter;“
- „Jede Partei versucht halt, ihre Slogans zu bringen;“
- „Ich finde es ist immer das gleiche: es geht in Wien meist um die Ausländerfragen und daneben bringen die Grünen so Studentensachen ein;“

4.1.3.5 (Um) Orientierung, was wählen?

Wichtiger Faktoren der Orientierung:

- Selbstinformation: Programme lesen, (mit FreundInnen) vergleichen; Zeitung lesen; Internet;
- Ob die Parteien ihre Inhalte und Ziele „gut rüberbringen“; Seriosität und Qualität der Präsentation
- Nachrichten schauen, Diskussionen mit Eltern und FreundInnen;
- Der familiäre Hintergrund – was in der Familie gewählt und argumentiert wird
- Die Probewahl in der Schule
- Taktische Überlegungen (Rot oder Grün gegen Blau; die Grünen sind noch nicht soweit, daher eher Rot)
- Emotionale Gründe
- Seit langem überzeugt, was man wählen möchte;

Wahlwerbung (Flyer und Broschüren) hat in der Selbsteinschätzung nicht beeinflusst,

4.1.3.6 Wissen über den Wahlakt

- Durch die Eltern (entweder Vorinformation oder mit den Eltern am Wahltag mitgehen, den Eltern nachmachen)
- Je nach Engagement der Schule bzw. einzelner Lehrer gab es Informationen über den Ablauf, Projekte zum Programmvergleich, oder die Probewahl in der Klasse;
- Von Freunden
- Amtliche Wahlinformation (den „Zugehörigkeitszettel“, „Wahlzettel“, „Wahlbrief“, „Wahlschein“ „Wahlkarte“) haben nicht alle bekommen;
- wenig Hilfestellung durch die anwesenden Wahlhelfer; Situation des Dort-Stehens und Nicht -Wissens wurde als komisch- seltsam-unangenehm empfunden;
- Gemeinde/Bezirksebene und die Möglichkeit der Vorzugstimme löste Unsicherheiten aus- daher wurden nur Handlungen vollzogen, derer man sich sicher war.

4.1.3.7 Programm oder Person als Auslöser für die Wahl der Partei?

- Die Partei;
- Eher die Partei, Persönlichkeiten kann man noch nicht so einschätzen;
- die Ziele;
- die Inhalte;
- die Persönlichkeiten, die zum Programm passen;
- „schon für was die Personen stehen“;
- die Partei muss „zum eigenen Arbeitsumfeld passen“;
- die Persönlichkeiten, weil man schon mal Kontakt hatte;
- Die Person: „Wenn der Häupl ein Blauer wäre, würde ich ihn auch wählen“

4.1.3.8 Gemeinde-Bezirk- Vorzugstimmen

- Zuwenig Info über das Prozedere
- Zuwenig Info über inhaltliche Vorhaben/Unterschiede einer Partei auf Stadt- und Bezirksebene
- Personen nicht gekannt, daher keine Vorzugstimmen vergeben;
- „Wüsste nicht, wieso ich das eigentlich machen sollte, Bezirk und Gemeinde unterschiedlich wählen;“ „Es wäre einfach Blödsinn, 2 Parteien zu wählen“;

- „diese Riesenlisten“ waren unübersichtlich;
- Vorzugsstimme vergeben, weil „guten Kommentar“ einer kandidierenden Person gelesen
- Vorzugsstimme nach jüngerem Geburtsjahr vergeben

4.1.3.9 Stellenwert des Wahlergebnisses

Intensität der Beschäftigung mit dem Nachher, den Konsequenzen der Wahl war weitaus nicht so intensiv wie das Vorher:

- „Hab ich mir nicht angeschaut, weil es ist ja erledigt“
- „es ist ja nicht für ewig“;
- „ es interessiert mich nicht so sehr, wie die Chance zu entscheiden.“

Das Ergebnis wurde diskutiert („was hast du gewählt“; „ich hab's dir gesagt“, „hast du gesehen“)

- in der Schule
- zu Hause,
- oder allein in der Zeitung nach gelesen.
- ein paar Tage nach der Wahl war es vorbei.

Die Ergebnisse wurden als

- „nicht wirklich überraschend“ empfunden,
- „es war klar“;
- „nicht enttäuschend“;
- nur 1 Person fand das Ergebnis der FPÖ „schockierend“ und Grün „ein bisschen enttäuschend“.

4.1.4 Reflexion der Jugendlichen

Das Recht, zu wählen, wird von den Befragten (für sich selbst) als positiv beurteilt:

- Durch die Wahl ist das Bewusstsein für politische Mitbestimmung tendenziell wichtiger geworden;
- Man hat etwas in der Hand; es kommt Verantwortung dazu, man kann nicht irgendetwas wählen;

- es ist ein Versuch, etwas zu bewegen, es gibt nicht so viele Wege, sich politisch zu beteiligen;
- Wieder Wählen? Ja, jedes Jahr. Wenn man das Recht hat. Das sollte man ausnutzen. Es gehört sich einfach. Nur so kann ich mitbestimmen; Wenn man es darf, soll man es auch machen; sonst kann man sich nachher nicht beschweren;
- Man ist erwachsen genug und trägt auch sonst schon Verantwortung: „Ich finde das nicht schlecht, dass Jugendliche mit 16 wählen dürfen, sie müssen ja auch einen Job suchen, dürfen Moped fahren und sollen mit der Lage nicht überfordert sein. Also warum nicht da?“
- „Weil es in diesem Alter, so mit 14, 15, 16, der Durchschnitt der Jugend beginnt, sich für Politik zu interessieren. Und die, die sich interessieren, sollen auch das Recht haben, ihre Meinung abgeben zu dürfen.“
- „Ich werde wieder wählen gehen, es ist mein Recht; meine persönliche Meinung, na ja nicht ganz meine persönliche Meinung, sondern die Partei, die ungefähr meiner Meinung entspricht, die wähle ich.“

Den anderen, außerhalb des engeren Freundeskreises, wird die Fähigkeit zur reflektierten Wahlentscheidung abgesprochen:

- Viele Menschen schaffen es nicht, sich zu informieren – man ist mit der Pubertät beschäftigt;
- Viele Jugendliche fallen auf Ausländerhetze rein, Strache hat von den uninformierten ErstwählerInnen Stimmen bekommen; „Strache mit seinen Sprüchen, das fährt bei 16jährigen ein“
- „Viele denken nicht nach, was sie wählen, wenn die wählen gehen, das ist katastrophal“
- „Ich selber finde es bescheuert, 16jährige wählen zu lassen, weil ich irrsinnig oft gesehen hab, dass die überhaupt keinen Plan haben;“
- „Was mich geärgert hat, dass die das Wahlrecht auch für 16-jährige gemacht haben. Das haben sie gemacht, weil sie sich gedacht haben, dass die FPÖ und die ÖVP mehr Stimmen bekommen. Das hat mich geärgert.“
- „(...) z.B hat der Strache ein irrsinnig smartes Lächeln mit seinen blauen Funkeläugelchen, [das]finde ich süß, ich habe sehr viele Freundinnen, die gemeint haben, „der ist ur-niedlich“, aber ich kann nicht zur Wahl gehen, weil der ur-niedlich ist.“

4.2 Interpretation der Ergebnisse

4.2.1 Einstellungen und Werthaltungen zu Demokratie und politischer Beteiligung

In den Interviews mit den wahlberechtigten Jugendlichen ist ein in den persönlichen Wertesystemen fest verankertes, einhelliges Bekenntnis zu Grundwerten von Demokratie feststellbar. Demokratie besteht für die befragten Jugendlichen aus einer Wertesynthese von individuellen Freiheiten (hier allen voran die Meinungsfreiheit), demokratischer Gleichheit und Menschenrechten.

Die Möglichkeit, das qua Alter erworbene Recht, am Wahlakt teilzunehmen, symbolisiert für die Befragten die Übernahme eines Bündels an staatsbürgerlichen Rechten und staatsbürgerlicher Verantwortlichkeit. So z.B. das Recht, RepräsentantInnen bzw. eine Partei auszuwählen und damit auch einer Beurteilung zu unterziehen, sowie die Verantwortung, nicht irgendeine Partei zu wählen, sondern eine informierte, reflektierte Entscheidung zu treffen („ich kann doch nicht irgendetwas wählen“), die auch dem eigenen Wertesystem am nächsten kommt („die Partei, die ungefähr meiner Meinung entspricht, die wähle ich“).

4.2.1.1 Jugendliche bekennen sich zur parlamentarisch-repräsentativen Demokratie

Die Rahmenbedingungen und Verfahren einer parlamentarisch-repräsentativen Demokratie werden als selbstverständlich angenommen, werden nicht in Frage gestellt. Es gilt sich innerhalb dieser Rahmenbedingungen möglichst erfahren und „vernünftig“ zu bewegen.

Dies zeigen auch die Interpretationen der Begriffe Engagement und Mitbestimmung. Beide Begriffe sind für die befragten Jugendlichen sehr positiv besetzt. Engagement wird generell als aktives Handeln verstanden, um „etwas zu verbessern“, wobei aber als Zielobjekt der Verbesserung nicht die Institutionenordnungen oder institutionalisierten Verfahren der Beteiligung genannt wurden, sondern „kleinräumige“ Anliegen in der Schule, im Bezirk, in der Unterstützung von NGOs. Die Jugendlichen sehen den Ort ihres persönlichen Engagements vor allem in Diskussionen („da hör ich mir erst einmal alles an“), wo es darum geht, den eigenen Standpunkt darzulegen und Standpunkten, die dem eigenen Wertesystem nicht entsprechen, etwas entgegenzusetzen.

Ideologische Differenzen werden nur als kurzfristige Störungen im Freundeskreis/in der Schule empfunden („Es ist nicht so, dass ein Freund kein Freund mehr ist, nur weil er anders denkt...“). Dies entspricht auch der einhelligen Ablehnung aller befragten Jugendlichen, sich über die Zugehörigkeit zu einer Partei oder einem Verein zu definieren. („Ich will da nicht festgelegt werden“)

Wählen gehen wird also als Recht empfunden, nicht als Pflicht, das heißt auch, dieses wahrzunehmen, wenn die zur Wahl stehenden Personen/Parteien nicht den eigenen Präferenzen entsprechen – der Wahlakt gilt einerseits als Bekenntnis, „dass einem nicht alles egal ist“ und andererseits als Statement gegen nicht-demokratische Gesellschaftsformen. („Sonst haben wir doch bald eine Diktatur“)

4.2.1.2 Jugendliche nehmen Demokratie ernst

Auch das Ergebnis der Wahl wird akzeptiert, nicht in Frage gestellt. Die Arbeitsteilung zwischen Volk und den Repräsentanten wird für die Jugendlichen im Wahlakt neu ausgehandelt und bestätigt (insofern tendieren die Jugendlichen zur Annahme einer ökonomischen, Schumpeter'schen Demokratiekonzeption) Der Wahlakt besitzt somit für die Jugendlichen eine hohe Legitimationskraft - für eine bestimmte Zeit: Es gibt ja die Möglichkeit, bei der nächsten Wahl Resümee zu ziehen und anders zu entscheiden.

Der Prozess der demokratischen Willensbildung, also die Informationseinholung, Diskussion, Reflexion hat einen höheren Stellenwert als das Endprodukt, das Ergebnis der Wahl. („Das war nicht mehr so wichtig“). Es ist ja auch nicht mehr möglich, etwas zu verändern.

Die Jugendlichen sind sich der Paradoxa der Demokratie bewusst („*Wählen ist die wichtigste Möglichkeit der Mitbestimmung; was kann meine Stimme schon ausrichten? ...Trotzdem, jede Stimme zählt*“; „*Meine Stimmabgabe für eine bestimmte Partei ist nur eine Annäherung*“)

Daraus ergibt sich jedoch nicht die Überlegung die repräsentative Demokratie in Frage zu stellen, sondern ihre Angebote bestmöglich zu nutzen.

4.2.1.3 Wählen als moralisches Korrektiv

- Engagement in Diskussionen geschieht auch, „um Vorurteile zu beseitigen“. Die Jugendlichen wählten auch, um jenen, die uninformiert, unreflektiert wählen, eine Stimme entgegen zu setzen. („Die fallen auf die Strache Sprüche rein....dem muss man Einhalt gebieten“). Ebenso wurde bereits taktisch gewählt: „*Rot oder Grün wählen gegen Blau*“, „*bin zwar Grünwähler, wähle aber eher Rot weil Grün noch nicht so weit ist*“

Die (selbstdefinierte) Qualifikation für die Beteiligung an der Wahl sind diskursive und reflexive Fähigkeiten – also Vernunft. Die Befragten schreiben sich selbst diese Vernunft zu, sprechen sie aber anderen, vor allem den jeweils Jüngeren, ab („*die sind zu jung, die lassen sich was einreden, die fallen auf den Strache-Wahlkampf rein*“, „*wenn die wählen gehen, das ist katastrophal*“. „*meine Freundinnen wählen den Strache, weil der so blaue Augen hat- das kann man doch nicht tun*“).

Beeinflusst wurde die Wahl durch die Einstellungen zur Demokratie und die Parteienpräferenzen von Eltern und FreundInnen, die Klarheit der Botschaften der Parteien und dem Verhalten der politischen Eliten. Die Jugendlichen betonen, trotz der Auseinandersetzung mit der Wahl in der Schule, den Diskussionen mit den Eltern, etc. die *Eigenständigkeit* beim Informationserwerb über Programminhalte.

4.2.1.4 Distanz zu Institutionen

Es herrscht große Distanz zu den Institutionen der Demokratie – also Parteien, politischen EntscheidungsträgerInnen („*Die wissen ja nicht, was wir wollen, die sollten uns einmal fragen*“). Verfahren der Mitbestimmung werden zwar als im eigenen Lebensumfeld wichtig, aber die große Politik als wenig effektiv beeinflussend beurteilt („*Mitbestimmung schön und gut, aber bestimmt wird sowieso an anderer Stelle*“).

Der Begriff Politik wird mit Parteien, Institutionen und Politikern gleichgesetzt und kaum in Verbindung zum eigenen politischen Verhalten bzw. der Mitbestimmung im persönlichen Lebensumfeld gesetzt. Die Jugendlichen unterscheiden zwischen der top-down, autoritär gestaltenden Politik und dem persönlichen Engagement, das durchaus diskursiv, auch wehrhaft und gestaltend verstanden wird, aber die institutionelle Politik letztlich nicht erreicht.

Das wird einerseits lakonisch, andererseits auch resignativ festgestellt, „(...) Aber es wird ja eh nie gemacht, was wir wollen, was das Volk will.“

Wählen gehen ist somit für die befragten Jugendlichen die effektivste Möglichkeit mit den RepräsentantInnen, mit der Politik, zeit-, raum- und themengebunden in Kontakt zu treten.

4.3 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Wählen steht für...

1. Erwachsen werden – Voraussetzung: Vernunft
2. Übernahme eines Bündels an staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten
3. Verteidigung von Grundfreiheiten
4. Bestärkung des eigenen Wertesystems, moralisches Korrektiv

Was die Jugendlichen selbst als notwendig formuliert haben:

- seriöse Informationspolitik, die Bereitstellung von Programminhalten, keine Wahlwerbung.
- die rechtzeitige Einrichtung von Foren (online, offline), wo Jugendlichen über Themen des Wahlkampfes mit PolitikerInnen und ExpertInnen diskutieren können

Jugendliche wollen ernst genommen werden, denn für sie bedeutet wählen gehen „erwachsen zu sein“.

5 Modul 4 – Sekundärdatenanalyse Wahlaltersenkung (Mag.^a Ingrid Kromer, Dr. Reinhard Zuba)

5.1 Wahlaltersenkung: empirische Ergebnisse seit 2000

Die Lebenssituation von Jugendlichen hat sich in den letzten 30 Jahren spürbar verändert. Hurrelmann hebt vor allem folgende Punkte hervor:⁷

- Die Ablösung von den Eltern erfolgt heute früher.
- Die Ansprüche an einen hohen Schulabschluss sind gewachsen.
- Die Gleichaltrigengruppe gewinnt an Bedeutung.
- Der Freizeit- und Konsumbereich ist ein zentraler Bereich.

Minderjährige sind heute von einem entscheidenden Mechanismus der politischen Willensbildung – der Wahl - ausgeschlossen. Da die älteren Bevölkerungsgruppen anteilmäßig immer stärker werden, entsteht eine Benachteiligung der inhaltlichen Interessen der jüngeren Bevölkerung. Durch die Alleinrepräsentanz von Erwachsenen und Älteren bei Wahlen wird heute ein wichtiges Prinzip des Generationenvertrages nicht mehr eingehalten.

In Tirol (2000), der Steiermark (2002) und Wien (2002) wurden empirische Erhebungen durchgeführt, die über die Einstellung der potentiellen WählerInnen zur Wahlaltersenkung Aufschluss geben können. Das Burgenland war das erste Bundesland, in dem sich 2002 16-Jährige in allen Gemeinden bei einer Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl beteiligen konnten. Die Gemeinderatswahl in Graz (2003) war die nächste Möglichkeit für Jüngere, sich an der Wahl zu beteiligen. Bei den Gemeinderatswahlen in Kärnten 2003 konnten ebenfalls bereits 16-Jährige politisch mitbestimmen. Das Burgenland ist auch jenes Bundesland (2005), in dem Jugendliche zum ersten Mal die Möglichkeit hatten, sich an einer Landtagswahl zu beteiligen. Wien folgt mit der Landtagswahl 2005, deren Ergebnisse auch im Mittelpunkt dieser Studie stehen.

⁷ Hurrelmann, Klaus: Lebensphase Jugend, Weinheim 1999

5.1.1 Studie Tirol (2000): Jüngere und politikinteressierte Jugendliche für „Wählen mit 16 Jahren“

In Tirol spricht sich bei den Jugendlichen auf die Frage nach Senkung des Wahlalters auf Gemeindeebene eine Mehrheit dagegen aus⁸. 40 % der Burschen und Mädchen sind dafür, 60 % dagegen. Interessant sind dabei die Unterschiede nach Altersgruppe: je jünger die Befragten sind, desto mehr sind sie dafür, je älter, umso mehr dagegen. Eine Mehrheit für „Wählen mit 16“ findet sich nur bei den 14-Jährigen. Nur ein knappes Fünftel der 18- und 19-Jährigen ist ebenfalls für eine Wahlaltersenkung. Dabei ist ein signifikanter Zusammenhang mit dem Politikinteresse erkennbar: Wer sich für Politik interessiert, ist eher für eine Absenkung des Wahlalters (47 %) als jemand mit geringem Politikinteresse (35 %).

Zusätzlich zur Frage nach dem Ja oder Nein zur Absenkung des Wahlalters wurden die Jugendlichen gebeten, ihre Position zu begründen: als Argument für die Wahlaltersenkung wurde vor allem das Mitbestimmungsrecht, die Möglichkeit der Mitgestaltung der Zukunft und politische Mündigkeit erwähnt; als Gegenargumente vor allem fehlendes Wissen, mangelndes Interesse und politische Unreife. Nachstehend eine kleine Auswahl der Positionen im Wortlaut:

Für Wählen mit 16 Jahren:

- mit 18 ist man auch nicht viel reifer
- manche 50-Jährige wissen über Politik weniger Bescheid als ein 16-jähriger Schüler
- weil sich die Politik mehr um die Jugend kümmern würde
- da die Jugendlichen oft mehr über die Politik informiert sind als ältere Leute
- Interesse an Politik wird gesteigert
- weil es nicht schaden kann, zu denken
- wir leben in einer Demokratie, Mitbestimmung ist wichtig

Gegen Wählen mit 16 Jahren:

- keine Lust auf Politik in diesem Alter
- zu jung, haben keinen Durchblick, kein Interesse
- mit 16, ganz direkt gesagt, keinen Plan
- lasst den Jugendlichen Ihre Freiheit
- beeinflussen von Zuhause

⁸ Universität Innsbruck: Jugend und Demokratie in Tirol, 2000

- bin mit 18 wählen gegangen – war schon schwer genug
- weil man mit 16 viel zu unerfahren ist (vor allem das männliche Geschlecht)

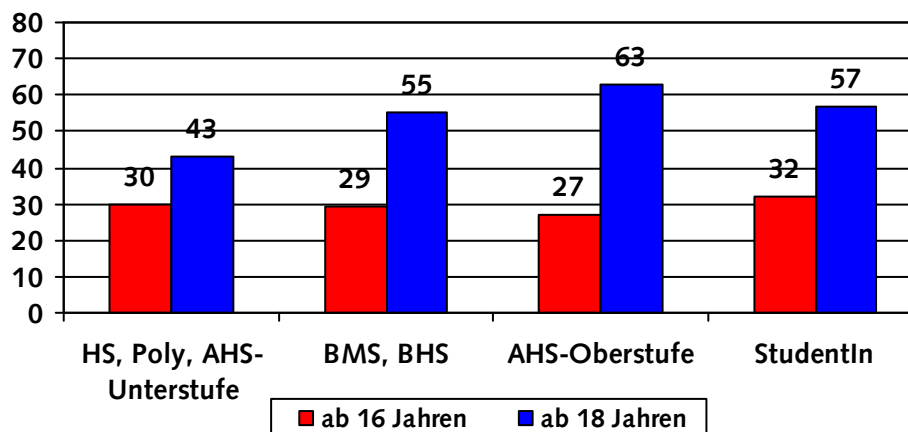
Diese Befunde machen deutlich, dass ein Teil der Jugendlichen selbst gegen eine Absenkung des Wahlalters ist. Allerdings ist der Prozentsatz bei den wenig Interessierten und mangelhaft Informierten signifikant höher. Damit spricht auch einiges für die Annahme, dass allein durch die Zuerkennung des Wahlrechts das Interesse an Politik und die Identifikation mit demokratischen Prinzipien zunehmen könnte. Immerhin war im Burgenland, wo bereits auch 16-Jährige wählen durften, eine hohe Wahlbeteiligung zu registrieren. Auch in der Steiermark erklärte sich ein hoher Prozentsatz der Jugendlichen bereit, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

5.1.2 Studie Steiermark (2002): Mangelnde Information bei den Jugendlichen

Die Gemeinderatswahl, bei der erstmals auch Jüngere aufgerufen wurden ihre Stimme abzugeben, war im Jänner 2003 in Graz. Dabei lag in Graz die Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen deutlich über der Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen und sogar deutlich über der allgemeinen Wahlbeteiligung.

Wie gut waren die Jugendlichen ein halbes Jahr vorher über die beschlossene Wahlaltersenkung informiert? Lediglich 28 % wussten, dass Jugendliche ab 16 ab der nächsten GR-Wahl wählen dürfen. 55 % glaubten, dass man erst mit 18 Jahren zu GR-Wahlen zugelassen ist und 4 % hatten überhaupt ein anderes Alter genannt.

Abbildung 23: Informationsstand über die Wahlaltersenkung bei steirischen Jugendlichen



Quelle: Jugendstudie Steiermark 2002, Angaben in Prozent, n=560

Auffallend hierbei war aber, dass sich dieser Anteil relativ gleichmäßig auf alle Altersgruppen der SchülerInnen und StudentInnen verteilte – und dass, obwohl StudentInnen zu einem deutlich höherem Ausmaß angegeben hatten, an Politik interessiert zu sein, als Jüngere.

Acht von zehn der 14- bis 25-Jährigen gaben dabei an, ganz sicher bzw. ziemlich sicher von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Als ausschlaggebende Gründe für eine Teilnahme an einer Wahl wurden die Mitentscheidung, die Unterstützung für eine Partei, die Unterstützung für eine/n PolitikerIn und die grundsätzliche Teilnahme an einer Wahl genannt.

5.1.3 Studie Wien (2002): Kids aus den Jugendzentren votieren für Wahlaltersenkung

Diese Argumente stützt auch eine Untersuchung in Wiener Jugendzentren, in denen vor allem Jugendliche anzutreffen sind, die auch zu einem hohen Prozentsatz bereit sind, sich in ihrem Umfeld zu engagieren. Laut Umfrage bei den 11- bis 20-Jährigen waren 61 % der 619 Mädchen und Burschen für eine Wahlaltersenkung. Aber auch hier ist die Zustimmung bei den Älteren (knapp 51 % bei den 18-Jährigen) niedriger als bei den Jüngeren (68 % bei den bis 15-Jährigen).⁹

Die Jugendlichen sind weiters der Überzeugung, dass es „etwas bringt“, wenn sie wählen gehen (58 %). Knapp die Hälfte der Jugendlichen benötigt allerdings umfangreiche Information, um sich in der politischen Landschaft zurecht zu finden. Sie benötigen Informationen über parteipolitische Inhalte, um sich eine eigene Meinung zu bilden und diese in Form eines Kreuzes für die von Ihnen gewählte Partei auszudrücken.

5.1.4 Gemeinderatswahlen Burgenland (2002) : hohe Wahlbeteiligung bei den JungwählerInnen

Im Durchschnitt haben sich im Burgenland 80 % der jugendlichen Wahlberechtigten an den Gemeinderatswahlen beteiligt – damit war die Wahlbeteiligung in dieser Altersgruppe nur um 5,6 % niedriger als jene aller wahlberechtigten Burgenländer, die bei 85,6 % traditionell hoch lag. Schon bei

⁹ Bauer, B.: Wahlalterumfrage, in: Zeitschrift der Wiener Jugendzentren 2/02

der Diskussion im Zuge der Beschlussfassung der Gemeindewahlordnungsnovelle wurde zur Rechtfertigung der Wahlaltersenkung immer wieder hervorgebracht, dass in den klein strukturierten burgenländischen Gemeinden das Interesse der wahlberechtigten Jugendlichen leichter zu wecken sein wird, weil die Jugendlichen und die Kandidaten der wahlwerbenden Parteien einander persönlich kennen oder leichter persönlich in Kontakt treten können. Diese Einschätzung erwies sich als richtig.

Bei der Nachwahlanalyse wird die Tendenz erkennbar, dass die Wahlbeteiligung bei den kleineren Gemeinden eher über und in den mittleren Gemeinden eher unter dem Durchschnitt aller Wahlberechtigten dieser Gemeinden gelegen ist.

Als weitere Gründe für die hohe Wahlbeteiligung wurde die breite öffentliche Diskussion über die Senkung des Wahlalters in den Medien, die umfassende Information für die unter 18-Jährigen, sowie die gesetzlich vorgesehene Zustellung von amtlichen Musterstimmzetteln an alle Wahlberechtigten knapp vor dem Wahltag angegeben¹⁰.

5.1.5 Hohes Interesse der Jugendlichen bei folgenden Gemeinde- und Landtagswahlen

Wie hoch das Interesse der 16- und 17-Jährigen am Wählen ist konnte man schließlich schon im Rahmen der weiteren durchgeführten Gemeinderatswahlen feststellen. In Graz (2003) lag die Wahlbeteiligung über dem Gesamtdurchschnitt (57%), in Kärnten im selben Jahr mit 66 % unter dem Gesamtdurchschnitt.

Im Burgenland hatten schließlich die Burschen und Mädchen 2005 das erste Mal die Gelegenheit schon ab 16 Jahren bei einer Landtagswahl teilzunehmen. Nachwahlanalysen, speziell die Zielgruppe der 16- bis 18-Jährigen betreffend, gab es keine. Eine Erhebung der Wahlbeteiligung machte allerdings deutlich, dass sich drei Viertel der Jugendlichen an der Wahl beteiligt haben. Damit liegt der Wert zwar unter jenem der Erwachsenen (rund 80%), es ist aber dennoch ein eindrucksvoller Beweis, dass die Jugendlichen ihr Wahlrecht ernst nehmen.

¹⁰ Weikovic, Paul: „Wählen mit 16“; in: Österreichische Gemeindezeitung 11/2002

6 Analyse von Argumenten zur Wahlaltersenkung (Mag.^a Ingrid Kromer, Dr. Reinhard Zuba)

Politische Parteien spielen eine zentrale Rolle bei der politischen Willensbildung. Gerade bei einer Wahlaltersenkung können innerparteiliche Interessen (Wählerstimmenmaximierung), die im Falle einer Wahl einen Stimmenverlust bedeuten könnten, im Widerspruch zu demokratiepolitischen Überlegungen stehen. Denn Stimmenverluste sind immer auch mit Macht-, Privilegien-, Arbeitsplätzeverlust, etc. verbunden. Die Diskussion um Senkung des Wahlalters ist daher sehr stark von parteitaktischen Überlegungen dominiert. Diese Positionen sind natürlich nicht in Programmen zu finden, sie tauchen jedoch in parteiinternen Richtungsdiskussionen von VertreterInnen der etablierten Parteien ganz selbstverständlich auf. Ein Engagement von Parteien *für* oder *gegen* eine Wahlaltersenkung bezieht daher auch immer dieses Kriterium mit ein, wenngleich hier nicht unterstellt werden soll, dass es das alleinige ist.

Ende der 90er Jahre wurde eine empirische Untersuchung in Österreich und Deutschland mit dem Ziel durchgeführt, einen Überblick über die Diskussionsstände und die Beschlusslagen in den Parteien zu erhalten. Dazu wurden in Form einer Gesamtbefragung alle Landesverbände der Parteien und ihre Jugendverbände bzw. die Bundesorganisationen zur Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre auf kommunale Ebene und auf weiteren Ebenen befragt. Das folgende Kapitel bündelt die verschiedenen Argumentationsstränge *für* bzw. *gegen* eine Wahlaltersenkung und stellt diese gekürzt dar¹¹.

6.1 Jugendliche sind unreif und politisch unmündig!

Unter diesem Stichwort der Reife sind meistens allgemeine Vorbehalte hinsichtlich der moralischen, sozialen und kognitiven Urteilsfähigkeit der Jugendlichen gemeint.

Der bekannte Jugend- und Gesundheitsforscher Klaus Hurrelmann¹² plädierte schon 1994 für die Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre und begründete dies u. a. damit, dass

¹¹ Seyer, Siegfried/Günther Leeb: Senkung des Wahlalters – eine notwendige Diskussion, Linz 1998

¹² Symposium „Das Kind in der Gesellschaft – vom Objekt zum Subjekt?“ am 14. 1. 1994 in Linz

14-Jährige heute die politische Reife von 18-Jährigen hätten. Die Umschichtung des politischen Engagements von den Älteren auf die Jüngeren wurde schon 1992 in der deutschen Shelljugendstudie erkannt und als Anzeichen und Teil einer *biographischen Beschleunigung der politischen Sozialisation junger Menschen* gedeutet. So wurde eine lebensgeschichtliche Verortung sozialer Bewegungen innerhalb der Jugendphase¹³ festgestellt.

Verschiedene Untersuchungen zur moralischen und kognitiven Entwicklung im Jugendalter zeigen auf, dass spätestens mit dem 14. Lebensjahr mit einer weitgehend autonomen Urteilsfindung der Jugendlichen zu rechnen ist. Bezugnehmend auf Kohlberg's differenzierte Stufentheorie zur moralischen Entwicklung des Kindes¹⁴ zeigen die Autorinnen der Kids-Studie 95¹⁵ auf, dass in der Altersgruppe der 11- bis 14-Jährigen der Übergang *von einer eher heteronomen zu einer in Richtung moralisch autonomen Urteilsfindung* stattfindet, wobei in der Gruppe der 11- bis 14-Jährigen starke Unterschiede zu beobachten sind. 11-Jährige orientieren ihr Urteilen und Handeln eher nach dem Motto: Wie du mir, so ich Dir! Hingegen beruht sie bei 14-Jährigen eher auf einer Übereinstimmung des eigenen Gewissens mit selbst gewählten ethischen Prinzipien.

Auch im Beitrag von Rolf Oerter der der Frage nachgeht „Können Jugendliche politisch mitentscheiden?“¹⁶ werden ähnliche Ergebnisse in Bezug auf die psychologische Entwicklung der Heranwachsenden erzielt. Der Autor versucht anhand der Unterscheidung des formal-logischen und des dialektischen Denkens die jeweiligen Problemlösungskompetenzen altersabhängig zu thematisieren. Demnach befinden sich die *Jugendlichen bereits sehr früh auf dem Niveau des formal-logischen Denkens*. „Geht man [...] davon aus, dass es wünschenswert sei, dass politisches Handeln logischen Gesetzen folgt, so wäre beim Jugendlichen die Voraussetzung für diese Kompetenz gegeben, ja man kann sagen, dass sie in diesem Alter bereits ihren Höhepunkt erreicht hat. [...] Es bestünde überhaupt kein Grund, warum Jugendliche etwa ab 15 Jahren in dieser Hinsicht anders behandelt werden sollten als Erwachsene.“¹⁷

¹³ Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.): Jugend 92, Opladen 1992

¹⁴ Die moralische Urteilsfindung entwickelt sich nach Einfluss und Beispiel von Autoritäten, nach Konventionen und nach Gewissensprinzipien. In: Kohlberg, Lawrence: Zur kognitiven Entwicklung des Kindes. Frankfurt/Main 1974

¹⁵ Kromer, Ingrid/Tebbich, Heide: Zwischenwelten. Das Leben der 11- bis 14-Jährigen. Hrsg. vom Österreichischen Institut für Jugendforschung, Wien – Graz 1998

¹⁶ Oerter, Rolf: Psychologische Aspekte: Können Jugendliche politisch mitentscheiden? in: Hurrelmann/Palenti (Hg.): Jugend und Politik, Neuwied 1998

¹⁷ A.a.O. S. 34

Das Potential für moralische Konfliktlösungen – also gerechte und zufriedenstellende Entscheidungen zu treffen unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten – kann schon bei den 14-jährigen Mädchen und Burschen angesetzt werden und ist kein Privileg der „Erwachsenen“. ¹⁸ Auch bezüglich ihres sozialen Problembewusstseins kann festgehalten werden, dass schon 14-Jährige eigenständig über gesellschaftliche und politische Zusammenhänge und Fragen nachdenken und Visionen entwickeln, wie sie sich die Welt wünschen und in welcher Weise sie daran mitwirken wollen. ¹⁹ Ein Ernstnehmen ihrer sozialen und politischen Kompetenzen sowie ihrer moralischen Ansprüche sind aber für heutige und zukünftige Entscheidungen in unserer Gesellschaft von großer Wichtigkeit.

Ist man jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass beispielsweise 14-, 15-, 16-jährige Mädchen und Burschen politisch weniger mündig sind als Erwachsene, muss auch die Frage legitim sein, was gegen eine Obergrenze sprechen würde, also die Aberkennung des Wahlrecht ab dem 100., 90. oder 80. Lebensjahr.

Gerade aus demokratiepolitischen Überlegungen heraus ist jedoch dieser Gedankengang sehr problematisch. Wenn laut Anton Pelinka ²⁰ Demokratie heißt, alle Menschen, die von bestimmten politischen Entscheidungen betroffen sind, am Zustandekommen dieser Entscheidungen zumindest indirekt zu beteiligen – so wird auch deutlich, warum es wichtig ist, auch Heranwachsende in Entscheidungen, die sie betreffen mitein zu beziehen. Pelinka stellt in seinem Artikel klar, dass politische Mündigkeit eines Menschen weder von seiner Einsichtsfähigkeit noch von seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit oder seinen persönlichen Fähigkeiten abhängig gemacht werden darf ²¹.

6.2 Jugendliche haben ein radikales Wahlverhalten!

Mit dem Argument, dass junge Menschen zu politischen Extrempositionen neigen und daher eher Präferenzen für radikale Parteien aufweisen, werden alle nur denkbaren Vorurteile auf die Jugendlichen übertragen. Schenkt man den medial vermittelten Bildern über Heranwachsende Glauben, so seien Mädchen und Burschen heute eine besonders egoistische, amoralische und gewalttätige Jugendgeneration. Man unterstellt den Kids sie anerkennen kaum mehr

¹⁸ Kromer/Tebbich 1998, S. 112

¹⁹ Kromer/Tebbich 1998, S. 112

²⁰ Pelinka, Anton: Kinder und Demokratie – Kinderdemokratie – Demokratie für Kinder? In: Erziehung heute e.h. [1993], S. 10f

²¹ A.a.O. S. 11

Autoritäten und seien respektlos gegenüber Erwachsenen; sie würden keine Pflichten kennen und nur an sich selbst denken; sie seien verantwortungslos, gewalttätig und kriminell; sie würden rauchen, trinken und keinerlei Rücksicht auf ihre Umwelt und auf ihre Mitmenschen nehmen; sie seien leicht beeinflussbar und würden keine eigene Meinungen besitzen; sie seien fordernd und leisteten keinen Beitrag für das Gemeinwohl, sie seien faul und passiv, wollten immer nur konsumieren, etc.²².

Stellt man dieser „öffentlichen Meinung“ seriöse wissenschaftliche Jugendforschung gegenüber, so zeigt sich, dass das in den Medien gezeichnete Bild von Jugend so nicht zutrifft. „Man kann von einer kumulativen Zuschreibung von Randgruppenmerkmalen auf die Jugendlichen sprechen, die sich in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der „Jugend“ fortsetzt.“²³ Es gibt keine Studie, die diese Positionen zur Ablehnung einer Senkung des Wahlrechts stützen würde.

Vielmehr gibt es Untersuchungen, die aufzeigen, dass Jugendliche meist nur geringe Sympathien für autoritäre und radikale Einstellungen und Parteien haben²⁴. So sind beispielsweise autoritäre Haltungen weniger häufig bei Jugendlichen zu finden als bei Erwachsenen²⁵. Jugendliche in Österreich präferieren bei weitem (etwa 80 %) ein demokratisches System. Eine Minderheit von 6 % findet die Vorstellung einen starken Mann als Führer zu haben, der sich nicht um ein Parlament kümmern muss, für sehr gut. Hingegen sind das bei den Erwachsenen schon 16 Prozent.²⁶ Die Daten erfordern einen demokratiepolitischen Handlungsbedarf insbesondere bei Erwachsenen. Auch gegenüber gesellschaftlicher Minderheiten zeigt sich bei Jugendlichen eine deutliche Ablehnung von politischen Extremisten – und das sowohl bei den Rechts- als auch Linksgruppierungen.

Diese Befunde zeigen deutlich auf, dass oft bestimmte Verhaltensweisen von Jugendlichen (in Umfragen oder Studien) als „jugendtypisch“ bezeichnet werden, ohne den Kontext zu berücksichtigen bzw. der Frage nachzugehen, ob

²² Schon Sokrates (470-399 vor Chr.) schrieb über die Jugend: "Die Jugend liebt heute den Luxus, sie hat schlechte Manieren, verachtet die Autorität, hat keinen Respekt vor älteren Leuten und plaudert, wo sie arbeiten sollte. Sie verschlingt bei Tisch die Speise, legt die Beine übereinander und tyrannisiert ihre Eltern."

²³ Seyer 1998, S. 19

²⁴ Friesl, Christian: Experiment Jung-Sein. Die Wertewelt österreichischer Jugendlicher, Wien 2001

²⁵ Denz, Hermann: Die Konfliktgesellschaft. Wertewandel in Österreich 1990-2000, Wien 2001

²⁶ Friesl 2001, S. 169 f

diese Einstellungen in vergleichbarem oder sogar stärkerem Umfang nicht auch in älteren Generationen nachweisbar sind.

6.3 Jugendliche wollen selbst nicht wählen!

Ein oft zitiertes Argument ist, dass Jugendliche ja selber gar nicht wählen wollen und daher eine Senkung des Wahlalters nicht im Sinne der Jugend sei und somit abzulehnen wäre. Es wird die schwindende Wahlbeteiligung der Erst- und Jungwähler als Grund für die Ablehnung einer Wahlaltersenkung hergenommen nach dem Motte: „Wenn schon die 18-, 19-jährigen nicht wählen gehen wollen, dann erst recht nicht die Jüngeren“. Tatsächlich zeigen auch Befunde der Jugendforschung²⁷, dass sich nicht nur bei den Erwachsenen, sondern auch bei den Jugendlichen selbst eine Mehrheit gegen eine Absenkung des Wahlalters ausspricht. Jedoch, und das ist ein wesentlicher Aspekt zu dem Befund der Tiroler Politikstudie²⁸, die Jüngeren sind bedeutend häufiger für eine Wahlaltersenkung als die älteren Jugendlichen und bei den 14-Jährigen spricht sich sogar eine Mehrheit für Wählen mit 16 aus. Der politikwissenschaftliche Leiter der Studie, Prof. Karhofer gibt auch zu bedenken, dass eine differenzierte Betrachtungsweise sehr notwendig sei, da nach einer Wahlaltersenkung für *alle* Wahlen gefragt wurde und ein anderes Befragungsergebnis denkbar wäre, wenn konkret nach einer Senkung bei Gemeinde- oder Landtagswahlen gefragt worden wäre. Außerdem betont er im Gespräch mit den Autoren der Wahlaltersenkungsstudie, dass eine tatsächliche Konfrontation der 16-jährigen Jugendlichen mit der Möglichkeit des „Wählen-Könnens“ ein entsprechendes Problembewusstsein stärker hervorbringen würde.²⁹

Neben dieser mehrheitlichen Ablehnung einer Wahlaltersenkung („weil die Jugend eh nicht will“) steht andererseits auch die Annahme, dass alleine durch die Möglichkeit des Wählens, also der formellen Zuerkennung des Wahlrechts, das Interesse der jungen Menschen an Politik und die Identifikation mit demokratischen Prinzipien zunehmen könnte³⁰. Diese Begründung für eine Wahlaltersenkung ist jedoch kaum haltbar, denn das Wahlrecht alleine - also ohne zusätzlichen Initiativen und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Jugendlichen und ohne aktivierende Strategien und Informationskampagnen – trägt nicht zu einer Veränderung des politischen Beteiligungswillens der Jugendlichen bei. Dies wird

²⁷ Universität Innsbruck: Jugend und Demokratie in Tirol, 2000, S. 55f

²⁸ A.a.O

²⁹ Karhofer nach Seyer 1998, S. 27

³⁰ In jenen Ländern, wo bereits 16-Jährige wählen durften, war kein auffällig abweichendes Verhalten hinsichtlich Wahlbeteiligung und Stimmverhalten zu registrieren.

wiederum als Argument von den „Wahlaltersenkungsgegner“ verwendet („warum wählen lassen, die Jugendlichen werden damit nicht politischer“).

„Doch aus dem fehlenden bzw. abnehmenden Interesse an den repräsentativen Formen der Politik den Ausschluss aufrechterhalten zu wollen, ist jene Antwort, die für die etablierten politischen Eliten am bequemsten ist und bestehende Missstände unangetastet lässt.“³¹ Auch wenn Jugendliche ab 16 wählen dürfen, so heißt das noch lange nicht, dass sie an Politik interessiert sind. Es geht daher nicht darum, das Interesse an Politik zu wecken - dieses ist übrigens mit dem der Erwachsenen zu vergleichen, wobei Jugendliche sich mit zunehmendem Alter dem geringen Interessen der Erwachsenen anpassen³² - sondern den jungen Menschen ein Verständnis der repräsentativen Demokratie näher zu bringen.

Gleichzeitig wird von „Politikverdrossenheit der Jugend“ geredet ohne zu sehen, dass es sich eigentlich um einen tiefsitzenden Parteienverdruss handelt. Junge Frauen und Männer lassen sich von herkömmlicher Politik heute nicht mehr instrumentalisieren. Sie wollen nicht mehr als Stabilitätsfaktor dienen und weigern sich in die Politik von gestern zu integrieren.

Die Senkung des Wahlalters kann diese Verweigerung auch nicht aufhalten, doch dies soll auch nicht die damit verbundene Absicht sein. „Das Wahlrecht ist vielmehr aus demokratie-theoretischen Gesichtspunkten zu fordern. Die formalen Mitbestimmungsmöglichkeiten gehören zu den substantiellen Instrumentarien in einer Demokratie und sollten allen Menschen offen stehen“.³³

³¹ Seyer 1998, S. 22

³² Friesl 2001

³³ Seyer 1998, S. 28

7 Zusammenfassung

Unerwartet hohe Wahlbeteiligung unter den Jugendlichen

Die Wahlsprengelanalyse (Modul 1) und die Umfrage (Modul 2) ergaben, dass die Wahlbeteiligung unter den Jugendlichen höher war als erwartet. Sie erreichte mit 59% knapp den Durchschnittswert der Gesamtwählerschaft (61%).

Insbesondere unter AHS- und BHS-Schülern lag die Wahlbeteiligung an den Landtagswahlen mit 69 bzw. 66 % deutlich über dem Schnitt und bestätigt die These, dass Bildung einen positive Wirkung auf die politische Partizipation hat. Jugendliche der 2. Generation (Eltern migriert) beteiligten sich im selben Ausmaß (59%) an den Landtagswahlen wie ihre „einheimischen“ Altersgenossen.

Wahlinformation wirkt!

Die konzertierten Wahlinformationskampagnen „Ganz Wien geht wählen!“ (MA 62, Abteilung Wahlen), „Ich wähle“ (MA 13, Landesjugendreferat) und die diversen Aktivitäten an den Wiener Schulen zur Landtagswahl wirkten positiv auf das Wahlverhalten. Durch diese Maßnahmen konnte die Wahlbeteiligung der Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren deutlich gesteigert werden. Dadurch sind auch langfristig Wirkung auf die Wahlbeteiligung zu erwarten, da die Wahrscheinlichkeit gestiegen ist, dass diese Jugendlichen bei den nächsten Wahlen erneut ihre Stimme abgeben werden, denn: Wahlerfahrung führt zu fortgesetzter Beteiligung.

Der Stadt Wien ist es mit diesen Kampagnen gelungen, dass die jüngsten WählerInnen im selben Ausmaß wie der Durchschnitt aller Wahlberechtigten politisch partizipieren. Auch in Zukunft erscheinen deshalb Informationskampagnen und insbesondere Projektarbeit (z.B. Simulation einer Wahl im Klassenzimmer/Jugendzentrum, etc.) zu bevorstehenden Wahlen für ErstwählerInnen sinnvoll, da in dieser Alterskohorte beständig politisch interessierte und integrierte BürgerInnen gewonnen werden können.

Eindeutige Rot-Grüne Mehrheit bei 16- bis 18-Jährigen

Bei den Wahlpräferenzen zeigt sich bei den Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren im Vergleich zur Gesamtwählerschaft eine eindeutig Rot-Grüne $\frac{3}{4}$ Mehrheit (72%). Die SPÖ konnte, ähnlich wie in der Gesamtwählerschaft bei den Jugendlichen am meisten punkten (46%). Anders als im Gesamtergebnis folgt nicht die ÖVP auf dem zweiten Platz, sondern mit einem Viertel der Stimmen die Grünen (26%). Die ÖVP und FPÖ liegen bei den ErstwählerInnen im Vergleich

zum Gesamtergebnis etwas zurück. Als besonders SPÖ- aber auch FPÖ-affin, im Vergleich zu den anderen befragten Jugendlichen, erwiesen sich Lehrlinge bzw. BerufsschülerInnen. Die Grünen waren besonders bei AHS-SchülerInnen erfolgreich, die ÖVP bei männlichen BHS-Schülern.

Soziale Schichtzugehörigkeit bestimmt auch bei Jugendlichen die Wahlentscheidung

Soziale Schichtzugehörigkeit ist auch bei den Wiener Jugendlichen ein wesentlicher Einflussfaktor für das Wahlverhalten. Es zeigte sich, dass sowohl die Einschätzung des eigenen Lebensstandards, die (Aus-)Bildung der Jugendlichen aber insbesondere die Bildung der Mutter großen Einfluss auf die Wahlentscheidung hatten. Je niedriger die höchste abgeschlossene Bildung der Mutter desto eher sind die Jugendlichen SPÖ-affin. Ist die Mutter eine Akademikerin, dann sind die Grünen die stärkste Partei und auch die ÖVP liegt noch vor der SPÖ. Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn man soziale Schichtzugehörigkeit über den subjektiv wahrgenommenen Lebensstandard definiert. Je niedriger eingeschätzt desto SPÖ-affiner, je höher desto ÖVP- bzw. Grün-affin.

Diese Ergebnisse bestätigen den Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und sozialer Schichtzugehörigkeit einerseits und höherer Wahlbeteiligung andererseits.

Wahlaltersenkung steigert Interesse an Politik

Überhaupt die Möglichkeit zur Mitbestimmung und das Wahlrecht für Jugendliche standen an erster Stelle der Wahlmotive. Die Jugendlichen hatten das Gefühl zum ersten Mal von der Politik ernst genommen zu werden. Jene Jugendlichen, die als Wahlmotiv das Änderungspotential, die Möglichkeit der Mitbestimmung, die demokratische Verpflichtung genannt haben, sind zu zwei Drittel sehr oder ziemlich an Politik interessiert.

Das Interesse an Politik zeigt auch, dass viele der jugendlichen Wahlberechtigten sich aktiv ins Geschehen rund um die Wiener Wahlkampf eingebracht haben. Viele Jugendliche (41%), insbesondere AHS-SchülerInnen wurden zu informellen Opinion-Leadern und haben selbst jemanden zur Wahlteilnahme aufgefordert. Zudem haben viele Jugendliche in ihrem sozialen Umfeld, vor allem mit ihren Freunden, Eltern aber auch LehrerInnen über ihre Wahlteilnahme gesprochen.

Die Wahlaltersenkung auf 16 Jahre erleichtert die Durchführung von Kampagnen zur Hebung der Wahlbeteiligung, da die meisten Jugendlichen in einer Schule

erreicht werden können und die Diskussionen und vor allem auch das Nachstellen der Wahlen starke Effekte auf die Wahlbeteiligung haben.

Integrationspolitik häufigstes Wahlmotiv

Bei den Wahlthemen nannten die Jugendlichen die Integrationspolitik am häufigsten als ihre Antriebsfeder. Das Thema Integrationspolitik hat die Wahlbeteiligung gesteigert, wobei es vor allem zu Stimmengewinnen für die SPÖ gekommen ist. Das Thema zeigt keinen signifikanten Zusammenhang mit der Stimmabgabe für die FPÖ. Dieses Ergebnis lässt den Schluss zu, dass die Integrationspolitik ein intensiv diskutiertes Thema unter den Jugendlichen im Wahlkampf war. Es war bei vielen Jugendlichen Hauptbeweggrund die Stimme gegen die FPÖ abzugeben.

Weitere wichtige Motive für die Wahlpräferenz der Jugendlichen waren Bildung, Umwelt, Jugendarbeitslosigkeit und Soziales.

Jugendliche nehmen Demokratie ernst

Die Hauptmotive die die Jugendlichen zur Wahl bewegt haben sind „Mitbestimmungsmöglichkeit“, „Wahlrecht“ und „demokratische Pflicht“. Diese Antworten sind als grundlegende Akzeptanz der Demokratie und des Wahlrechtes aufzufassen.

Auch in den qualitativen Interviews ist ein in den persönlichen Wertesystemen fest verankertes, einhelliges Bekenntnis zu Grundwerten von Demokratie erkennbar. Die Möglichkeit der Wahl ist für die Befragten ein Zeichen für den Eintritt in den Kreis der „vollwertigen“ StaatsbürgerInnen mit den dadurch verbundenen Rechten aber auch der damit einhergehenden Verantwortung.

Das Resultat der Landtagswahl wird von den Jugendlichen anerkannt und hat für die Legislaturperiode eine hohe Legitimationskraft: Für die Jugendlichen nimmt nicht das Ergebnis der Wahl sondern der Verlauf der demokratischen Willensbildung einen höheren Stellenwert ein. Die repräsentative Demokratie also die Arbeitsteilung zwischen Volk und Politik wird von den Jugendlichen akzeptiert.

Literaturverzeichnis

Bauer, B. (2002): Wahlalterumfrage, in: Zeitschrift der Wiener Jugendzentren 2/02

Denz, Hermann (2001): Die Konfliktgesellschaft. Wertewandel in Österreich 1990-2000, Wien

Friesl, Christian (2001): Experiment Jung-Sein. Die Wertewelt österreichischer Jugendlicher, Wien

Garrigou, Allain (2002): Müde Demokraten. Wahlabstinenz und Entmachtung der Politik. In: Le Monde Diplomatique Nr. 6723, 12.4.2002.

Hurrelmann, Klaus(1999): Lebensphase Jugend, Weinheim

Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.) (1992): Jugend 92 , Opladen

Kohlberg, Lawrence (1974): Zur kognitiven Entwicklung des Kindes, Frankfurt/Main

Kromer, Ingrid/Tebbich, Heide (1998): Zwischenwelten. Das Leben der 11- bis 14-Jährigen, Hrsg. vom Österreichischen Institut für Jugendforschung, Wien – Graz

[Norris, Pippa \(2004\) Electoral Engineering - Voting Rules and Political behaviour, New York, Cambridge University Press](#)

[Norris, Pippa \(2002\) Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism, Cambridge](#)

Oerter, Rolf (1998): Psychologische Aspekte: Können Jugendliche politisch mitentscheiden? in: Hurrelmann/Palantien (Hg.): Jugend und Politik, Neuwied

Pelinka, Anton: Kinder und Demokratie – Kinderdemokratie – Demokratie für Kinder? In: Erziehung heute e.h. [1993]

Seyer, Siegfried/ Leeb, Günther (1998): Senkung des Wahlalters – eine notwendige Diskussion, Linz

Statistisches Bundesamt (Hrg.): Datenreport 2002 , (Kapitel E Gesellschaftspolitik 18 Politische Integration und politische Engagement)

Universität Innsbruck (2000): Jugend und Demokratie in Tirol, Innsbruck

Weikovics, Paul (2002): „Wählen mit 16“; in: Österreichische Gemeindezeitung 11/2002

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Vergleich der Wahlbeteiligungen bei der Wiener Landtagswahl (Gesamt, Jugendliche, nach Geschlecht)	14
Abbildung 2: Vergleich der Wahlbeteiligungen bei der Wiener Bezirksratswahl (Gesamt, Jugendliche, nach Geschlecht)	15
Abbildung 3: Vergleich der Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen (Jugendliche gesamt, nach Herkunft)	16
Abbildung 4: Vorzugsstimmegebrauch (Jugendliche gesamt, nach Geschlecht)	17
Abbildung 5: Landtagswahlfrage, nur Deklarierte	18
Abbildung 6: Wahlpräferenz nach Bildung	18
Abbildung 7: Bezirksratswahlfrage, nur Deklarierte	19
Abbildung 8: Wahlmotive der Jugendlichen	20
Abbildung 9: Motive der NichtwählerInnen	21
Abbildung 10: Themen als Wahlmotive	22
Abbildung 11: Wahlpräferenzen, wenn Integrationspolitik genannt	22
Abbildung 12: Wahlbeteiligung nach Bildung	23
Abbildung 13: Wahlbeteiligung nach Einschätzung des Lebensstandards (Jugendliche gesamt)	24
Abbildung 14: Wahlpräferenz nach Bildung der Mutter (Jugendliche gesamt)	25
Abbildung 15: Wahlpräferenz nach Einschätzung des Lebensstandards (Jugendliche gesamt)	25
Abbildung 16: Wahrnehmung der Wahlinformationskampagne „Ganz Wien geht wählen!“	27
Abbildung 17: Wahrnehmung der Wahlinformationskampagne „Ich Wähle“	28
Abbildung 18: Wahrnehmung der Wahlinformationen bzw. -veranstaltungen an den Schulen (SchülerInnen gesamt)	29
Abbildung 19: Auswirkungen der Schulaktivitäten auf die Wahlbeteiligung (WB) der SchülerInnen	29
Abbildung 20: GesprächspartnerInnen über Teilnahme an Landtagswahl (Jugendliche gesamt)	31
Abbildung 21: Aufforderung zur Wahlteilnahme (Jugendliche gesamt und AHS-SchülerInnen)	31
Abbildung 22: Aufforderung zur Wahlteilnahme durch...(Jugendliche gesamt)	32
Abbildung 23: Informationsstand über die Wahlaltersenkung bei steirischen Jugendlichen	50

8 Anhang

8.1 Fragebogen: Umfrage - Modul 2

FRAGEBOGEN Nachwahlanalyse Wien unter Jugendlichen , November 2005

[Zielpopulation: 700 Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren, wienweit]]

Interviewernummer:

--	--	--

Nummer laut

Adressenliste:

--	--	--	--

Guten Tag, mein Name ist ... vom Sozialforschungsinstitut SORA. Wir führen derzeit eine Umfrage über Einstellungen von Jugendlichen durch.

FRAGE 0

Sind Sie an Politik ...? (VORLESEN)

- sehr interessiert1
 ziemlich interessiert2
 wenig interessiert3
gar nicht interessiert.....4
 weiß nicht / keine Angabe.....5

FRAGE 1

Wenn Sie jetzt einmal an die Zeit unmittelbar vor den Wiener Landtagswahlen zurückdenken. Wie interessiert waren Sie da am Wahlkampf zur Wien-Wahl? Waren Sie ...? (VORLESEN)

- sehr interessiert1
 ziemlich interessiert2
 wenig interessiert3
gar nicht interessiert.....4
 weiß nicht / keine Angabe.....5

FRAGE 2

Waren Sie am 23.Oktober wählen?

- ja, habe gewählt 1 → WEITER MIT FRAGE 3, FRAGE 7 WEGL.
nein, habe nicht gewählt..... 2 → WEITER MIT FRAGE 7
 weiß nicht / keine Angabe 3 → WEITER MIT FRAGE 8

FRAGE 3**Und warum haben Sie an der Wahl teilgenommen? (NOTIEREN)**

.....

FRAGE 4**Welche Partei haben Sie bei den Wiener Landtagswahlen am 23. Oktober gewählt? (ZUORDNEN)**

SPÖ.....	1
ÖVP.....	2
FPÖ.....	3
GRÜNE.....	4
BZÖ.....	5
KPÖ.....	6
<u>Andere.....</u>	<u>7</u>
habe ungültig gewählt.....	8
habe nicht gewählt.....	9
kann mich nicht erinnern.....	10
keine Angabe.....	11

FRAGE 4A**Haben Sie die Partei aufgrund ihres Spitzenkandidaten gewählt oder aufgrund ihrer Sachthemen?**

Spitzenkandidaten.....	1	→ WEITER MIT FRAGE 5
<u>Sachthemen.....</u>	<u>2</u>	
weiß nicht / keine Angabe.....	3	→ WEITER MIT FRAGE 5

FRAGE 4B**Und welche Themen waren dabei für Sie besonders wichtig? (NOTIEREN)**

.....

FRAGE 5**Welche Partei haben Sie bei den Wiener Bezirksratswahlen am 23. Oktober gewählt? (ZUORDNEN)**

SPÖ.....	1
ÖVP.....	2
FPÖ.....	3
GRÜNE.....	4
BZÖ.....	5
KPÖ.....	6
<u>Andere.....</u>	<u>7</u>
habe ungültig gewählt.....	8
habe nicht gewählt.....	9
kann mich nicht erinnern.....	10
keine Angabe.....	11

FRAGE 6

Haben sie von ihrer Vorzugsstimme Gebrauch gemacht?

Ja1
 nein2
 weiß nicht / keine Angabe3

FILTER: WENN FRAGE 2 = 2 (NEIN, HABE NICHT GEWÄHLT):

FRAGE 7**Und warum haben Sie nicht an der Wahl teilgenommen? (NOTIEREN)**

.....

FRAGE 8

Das Landesjugendreferat der Stadt Wien hat eine Wahlinformationskampagne für Jugendliche mit dem Titel „Ich Wähle“ gemacht. Haben Sie davon ...? (MEHRFACHANTWORTEN, ROTIEREN)

	ja	nein	w.n. / k.A.
a) die Internetseite „ich-waehle.at“ besucht	1	2	3
b) von der ich-wähle Aktion „Foto Contest“ gehört	1	2	3
c) von der ich-wähle Aktion „Party Contest“ gehört	1	2	3
d) von der ich-wähle Aktion „Ich wähle weil“ Contest gehört	1	2	3
e) einen Bericht in einer Zeitung oder Zeitschrift gesehen	1	2	3
f) einen Folder erhalten	1	2	3
g) an einer Aktion zum Thema Wahlaltersenkung oder Wahlen teilgenommen (z.B. in einem Jugendzentrum)	1	2	3

FILTER: WENN FRAGE 8 F) = 1 (JA):

FRAGE 9**Haben sie sich den Folder durchgelesen?**

Ja 1
 nein 2
 (weiß nicht/Antwort verweigert)..... 3

FILTER: WENN FRAGE 8 G) = 1 (JA):

FRAGE 10

WENN JA, AN WELCHER AKTIVITÄT (AKTIONSNAME UND VERANSTALTER)? (NOTIEREN)

.....

FRAGE 11

Die Abteilung Wahlen der Stadt Wien hat eine Wahlinformationskampagne mit dem Titel „Ganz Wien geht wählen“ gemacht, wann die Wahlen sind, wie man teilnehmen kann usw. Haben Sie davon ...? (MEHRFACHANTWORTEN, ROTIEREN)

	ja	nein	w.n. / k.A.
a) ...ein Plakat gesehen	1	2	3
b) ...ein Inserat in einer Zeitung oder Zeitschrift gesehen	1	2	3
c) ...eine persönliche Wahlinformation bekommen	1	2	3
d) ...eine Gratispostkarte mit kleinem Hund gesehen	1	2	3
e) ...eine Fernsehwerbung auf Go TV oder Puls TV gesehen	1	2	3
f) ...eine Radiobeitrag auf Radio Energy gehört	1	2	3
g) ...einen Kinospot gesehen	1	2	3
h) ...einen Beitrag auf einen Infoscreen in der U-Bahn gesehen	1	2	3

FRAGE 12

Wurde in der Schule oder Berufsschule... (MEHRFACHNENNUNGEN, ROTIEREN)

	ja	nein	w.n. / k.A.
a) ...auf die Wiener Landtagswahlen aufmerksam gemacht	1	2	3
b) ...über die Senkung des Wahlalters informiert	1	2	3
c) ...ein Projekt zur Landtagswahl durchgeführt	1	2	3
d) ...der Wahlvorgang nachgestellt	1	2	3
e) ...eine Diskussion mit Politikern veranstaltet	1	2	3

FRAGE 13

Haben Sie bei den Wiener Landtagswahlen eine Wahlkampagne einer politischen Partei unterstützt?

ja1
nein2

FRAGE 14

Haben Sie im Laufe des Wahlkampfes zu den Wiener Landtagswahlen versucht, andere davon zu überzeugen, einen Kandidaten oder eine Partei zu wählen?

ja1 → WEITER MIT FRAGE 15
nein2 → WEITER MIT FRAGE 16

FRAGE 15

Wenn ja, von wem bzw. von welcher Partei? (NICHT VORLESEN, ZUORDNEN)

SPÖ, Michael Häupl, andere SPÖ-Politiker.....1
 ÖVP, Johannes Hahn, andere ÖVP-Politiker.....2
 FPÖ, Hans Christian Strache, andere FPÖ-Politiker..... 3
 Grüne, Maria Vassilakou, andere Grün-Politiker.....4
 BZÖ, Hans Jörg Schimanek, andere BZÖ-Politiker.....5
 KPÖ, Melina Klaus, andere KPÖ Politiker..... 6

FRAGE 16

	ja	nein	w.n. / k.A.
a) Hatten Sie jemals in der Schule eine Funktion als Klassensprecher?	1	2	3
b) Haben Sie jemals in der Schule an einer Schülerversammlung teilgenommen?	1	2	3

FRAGE 17

Ich lese Ihnen nun eine Reihe von Organisationen vor. Sagen Sie mir bitte für jede Organisation ob Sie Mitglied sind oder nicht? (ROTIEREN)

	ja	nein	w.n. / k.A.
a) Jugendorganisation oder Verband für Jugendliche	1	2	3
b) Jugendorganisation einer politischen Partei	1	2	3
c) religiöse oder kirchliche Organisation einschließlich religiöse Jugendorganisation	1	2	3
d) Gewerkschaft einschließlich Jugendorganisation der Gewerkschaft	1	2	3
e) politische Partei	1	2	3

FRAGE 18

A) Mit wem aus der folgenden Liste haben sie über ihre Teilnahme an der Landtagswahl gesprochen?

B) Wer aus der folgenden Liste hat sie aufgefordert an der Landtagswahl teilzunehmen?

	A)			B)		
	ja	nein	w.n. / k.A.	ja	nein	w.n. / k.A.
a) Vater	1	2	3	1	2	3
b) Mutter	1	2	3	1	2	3
c) Freunde	1	2	3	1	2	3
d) Lehrer	1	2	3	1	2	3
e) Aktivist einer Partei	1	2	3	1	2	3

FRAGE 19

Haben Sie selbst jemanden aufgefordert an der Landtagswahl teilzunehmen?

ja1
nein2

FRAGE 20

Bitte sagen Sie mir zu den folgenden Aussagen, ob Sie voll zustimmen, eher zustimmen, weniger zustimmen oder gar nicht zustimmen?

	stimme voll zu	stimme eher zu	stimme weniger zu	stimme gar nicht zu	weiß nicht
a) Es gibt zu viele Einwanderer	1	2	3	4	5
b) Die Regierung tut zu wenig gegen die Arbeitslosigkeit	1	2	3	4	5
c) Die Wahlaltersenkung steigert das Interesse an Politik	1	2	3	4	5
d) Die Wahlaltersenkung ist sinnlos, da die Jugendlichen noch zu wenig über die Politik bescheid wissen	1	2	3	4	5
e) Die Politik sollte mehr für die Jugend tun	1	2	3	4	5

Statistik

S1**Geschlecht (EINSTUFEN)**

weiblich1
 männlich.....2

S2**Darf ich Sie für die Statistik nach Ihrem Alter fragen?**

Alter in Jahren

--	--

S3**Sind Sie zur Zeit ...? (VORLESEN BIS BEFRAGTE/R ZUSTIMMT) (NUR EINE NENNUNG)**

Lehrling/Berufsschüler1
 in einer BMS.....2
 in einer AHS.....3
 in einer BHS.....4
 bereits berufstätig5
 Hauptschule6
 arbeitslos.....7
 zu Hause8

S4**In welchem Land wurde IHRE MUTTER geboren? (NICHT VORLESEN – Zuordnen)**

Österreich.....1
 Albanien2
 ehemaliges Jugoslawien.....3
 Polen4
 Slowakei.....5
 Tschechische Republik6
 Türkei7
 Ungarn8
 Anderes.....9

S5**In welchem Land wurde IHR VATER geboren? (NICHT VORLESEN – Zuordnen)**

Österreich.....	1
Albanien	2
ehemaliges Jugoslawien.....	3
Polen	4
Slowakei.....	5
Tschechische Republik	6
Türkei	7
<u>Ungarn</u>	<u>8</u>
Anderes.....	9

S6**In welchem Land wurden Sie geboren? (NICHT VORLESEN – Zuordnen)**

Österreich.....	1
Albanien	2
ehemaliges Jugoslawien.....	3
Polen	4
Slowakei.....	5
Tschechische Republik	6
Türkei	7
<u>Ungarn</u>	<u>8</u>
Anderes.....	9

S7**Was ist die höchste abgeschlossene Ausbildung Ihrer Mutter?**

ohne Pflichtschulabschluss.....	1
Pflichtschule	2
Pflichtschule und Lehre.....	3
BMS	4
AHS-Matura	5
BHS-Matura, Lehre und Matura (Berufsreifeprüfung)	6
Fachhochschulabschluss, Baccalaureat.....	7
<u>Universitätsabschluss (Magister, Doktorat)</u>	<u>8</u>
(weiß nicht / Antwort verweigert).....	9

S8**Was ist die höchste abgeschlossene Ausbildung Ihres Vaters?**

ohne Pflichtschulabschluss.....	1
Pflichtschule	2
Pflichtschule und Lehre.....	3
BMS	4
AHS-Matura	5
BHS-Matura, Lehre und Matura (Berufsreifeprüfung)	6
Fachhochschulabschluss, Baccalaureat.....	7
<u>Universitätsabschluss (Magister, Doktorat)</u>	<u>8</u>
(weiß nicht / Antwort verweigert).....	9

S9

Alles in allem betrachtet, wie schätzen Sie Ihren derzeitigen Lebensstandard ein: als sehr niedrig, niedrig, durchschnittlich, hoch oder sehr hoch?

sehr niedrig	1
niedrig	2
durchschnittlich	3
hoch	4
<u>sehr hoch</u>	<u>5</u>
(weiß nicht/Antwort verweigert).....	6

S10

Welcher Religion oder Religionsgemeinschaft gehören Sie an? (NICHT VORLESEN)

(römisch)-katholisch.....	1
evangelisch	2
griechisch oder russisch Orthodox	3
Kirche von England/Anglikanisch	4
andere christliche Religion.....	5
Jüdisch	6
Islam/Muslime	7
<u>Sonstiges</u>	<u>8</u>
ohne Bekenntnis	9
(w.n./a.v.)	10

S11

POSTLEITZAHL DES WOHNORTES

--	--	--	--

Danke für das Interview!

8.2 Überblick: Interviewpersonen Modul 3

Nr.	Datum	Name	m/w	Alter	Herkunft der Eltern	Wohnort	Ausbildung	Überlegte Partei	Gewählte Partei	Unterschied Gemeinde/Bezirk	Vorzugsstimmen
1	2.11.	Moritz	m	16	Österr.	1030	HTL Mödling, Schwerpunkt Holz/ Innenausbau	SPÖ	Grüne	nur Gemeindeebene gewählt	keine
2	3.11.	Matea	w	16	V:Montenegro M:Kroatien	1050	AHS Waltergasse/Schwerpunkt Naturwissenschaft	Keine Angabe	K.A., argumentiert pro ÖVP	gleich	keine
3	9.11.	Auriel	m	17	Österr.	1100	HTL Spänglergasse ; EDV	Grüne	SPÖ	gleich	keine
4	9.11.	Bengi	m	17	Österr.	1100	HTL Spänglergasse; EDV	Grüne	SPÖ	gleich	keine
5	9.11.	Michael	m	18	M: Korea V: Slowakei	1230	Fachwirtschaftsschule/ ITS	SPÖ	SPÖ	gleich	ja
6	10.11.	Natalia	w	18	Österr.	1100	AMS-Schulung; Ausbildungsplatz fix	SPÖ	SPÖ	gleich	ja
7	10.11.	Yvonne	w	18	Österr.	1160	AMS-Schulung; Ausbildungsplatz fix	FPÖ SPÖ	SPÖ	gleich	keine
8	10.11.	Mathias	m	17	Österr.	1100	AMS-Schulung, kein Ausbildungsplatz, wartet aufs BH	Keine Angabe	K. A., argumentiert pro FPÖ	gleich	keine
9	11.11.	Sebastian	m	17	Österr.	1030	AHS Kundmannngasse/Mathematischer Zweig	SPÖ	Grüne	gleich	keine
10	11.11.	Nico	m	17	Österr.	1030	AHS Kundmannngasse/Mathematischer Zweig	Grüne	Grüne	gleich	keine
11	22.11.	Till	m	17	Deutschland	1170	Musikgymnasium	Grüne	Grüne	nur Bezirk	keine

8.3 Interviewleitfaden – Modul 3

Nr. des Interviews

Datum

Dauer

Ort

Einleitung:

Vorstellung des/der InterviewerIn,

Sinn und Verwendungszweck des Interviews

Ablauf des Interviews erklären

1: Persönliche Daten der interviewten Person

Geschlecht

Alter

Wohnort

Schule/Ausbildung/Arbeitsverhältnis

Hobbys, Interessen

2: Einstellungen-Werthaltungen-politisches Verhalten

Diskutieren Sie mit Freunden/innen, Eltern über best. Themen? (welche, in welcher Form)

In Ihrem Freundeskreis, in der Familie, haben da alle dieselbe Meinung?

Haben Sie sich schon mal für oder gegen etwas eingesetzt? In welcher Form? Wo (Schule, Arbeitsplatz etc, Thema)? Konnten Sie da etwas erreichen?

Finden Sie es wichtig, sich für/gegen etwas einzusetzen? Warum?

Sind Sie Mitglied in einem Verein/sonstige Gruppenzugehörigkeit?

Fühlen Sie sich „zugehörig“? (wie, wozu)

Finden sie es notwendig, irgendwo dabei zu sein? Warum/warum nicht?

Interessieren Sie sich für Politik?

Was verstehen Sie unter Politik?

Was verstehen Sie unter Mitbestimmung?

Was verstehen Sie unter politischer Beteiligung?

Kennen Sie Möglichkeiten des politischen Engagements, der Beteiligung, außer zur Wahl zu gehen?

Wie sollte politische Beteiligung gestaltet sein, damit das auch was bewirkt?

3: Wahlverhalten

Waren Sie bei der Wahl? (wenn nein, warum nicht)

War es für Sie immer klar, zur Wahl zu gehen?

Musste Sie jemand überreden? Mit welchen Argumenten?

Haben Sie andere überredet? Mit welchen Argumenten?

Haben Sie sich vorher informiert?

Wie? (Programme, Parteiorganisation, Websites, Zeitung bzw. Eltern, FreundInnen)

Worüber? (auch: Rechte, Pflichten)

Haben Sie den Wahlkampf beobachtet?

Wo ist ihnen der Wahlkampf aufgefallen (Straße, Medien, Briefe, Werbebroschüren)

Gibt es Themen, die Ihnen aufgefallen sind? Haben Sie Themen des Wahlkampfes auch mit FreundInnen/am Arbeitsplatz/ in der Schule/zu Hause diskutiert?

Würden Sie bestimmte Themen bestimmten Parteien zuordnen?

Was hat Sie an diesem Wahlkampf besonders interessiert – geärgert – abgestoßen?

Warum?

War dies der erste Wahlkampf, den Sie beobachtet haben?

Unterschied zu anderen?

Haben Sie im Laufe des Wahlkampfes ihre Meinung geändert?

Wussten Sie, wie die Wahl, der Wahlakt selbst, abläuft?

Woher hatten Sie diese Informationen? (Eltern/FreundInnen, Informationen der Stadt Wien (Amtsinformation/Landesjugendreferat/Jugendzentren) und Schule (Diskussionen/Politische Bildung).

Habe Sie sich in der Wahlkabine ausgekannt?

Haben Sie unterschiedlich (Bezirksebene/Landesebene) gewählt ?

Vorzugsstimmen vergeben?

Welche Partei haben Sie gewählt? (Optional)

Wenn Sie überlegen, warum Sie diese Partei gewählt haben: waren es bestimmte Persönlichkeiten, oder eher die Inhalte/Themen der Partei, die Sie zur Wahl bewogen haben? (Beispiel)

Wissen Sie, wie ihre FreundInnen/Eltern gewählt haben?

Haben Sie den Ausgang der Wahl beobachtet/diskutiert?

Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden? (warum/warum nicht?)

Werden Sie wieder wählen gehen? Warum/warum nicht ?

Hat diese Wahl Ihre Einstellung zu Politik/politischer Beteiligung/Mitbestimmung verändert?

8.4 Durchführende Institute

SORA Institute for Social Research and Analysis

SORA gehört zu den führenden privaten sozialwissenschaftlichen Instituten in Österreich. Inhaltlich liegen die Schwerpunkte von SORA in den Bereichen Wahlen & Politik, Arbeit & Organisation, Markt- & Kundenkommunikation sowie Migration & Integration.

Die Beteiligung Jugendlicher am politischen System untersuchte SORA seit der Gründung des Instituts 1996 in vielen Forschungsprojekten. Zuletzt entwickelte SORA im Rahmen des EU-Projektes EUYOUNGART (gemeinsam mit dem ÖIJ und acht anderen europäischen Instituten) ein standardisiertes Messinstrument für die politische Partizipation Jugendlicher in Europa.

Österreichisches Institut für Jugendforschung (ÖIJ)

Das Österreichische Institut für Jugendforschung wurde vor 45 Jahren gegründet. Das Institut ist eine überparteiliche, gemeinnützige Einrichtung und wird von den österreichischen Jugendorganisationen getragen. Das ÖIJ ist die einzige Forschungsinstitution in Österreich, die sich seit Jahrzehnten systematisch und regelmäßig mit Kinder- und Jugendfragen beschäftigt. Dies drückt sich nicht zuletzt in der umfangreichsten Bibliothek Österreichs zu diesem Thema aus.

Als grundlagenorientierte Forschungseinrichtung hat das Institut den gesellschaftspolitischen Auftrag, die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen sowie deren gesellschaftliche, wirtschaftliche und institutionelle Rahmenbedingungen detailliert und kontinuierlich zu erforschen. Primär ist das ÖIJ dafür da, ein differenziertes Bild heutiger Kinder und Jugendlicher zu vermitteln und ein Verständnis für ihre unterschiedlichsten Verhaltensweisen und Ausdrucksformen zu fördern. Es leistet damit den unabdingbaren Transfer von wissenschaftlicher Forschung für PolitikerInnen und PraktikerInnen.

Wissenschaftszentrum Wien (WZW)

Das Wissenschaftszentrum Wien ist ein Kompetenzzentrum für kommunales Wissensmanagement, das die Stadtverwaltung und die Stadtpolitik bei der Identifikation, Aufbereitung und Distribution von Wissen in verschiedenen Politikbereichen systematisch unterstützt. Die Vernetzung der Stadt mit der Wissenschaft, der Kunst und der Forschung ist dabei ein besonderes Anliegen.

Das WZW arbeitet interdisziplinär und kooperiert sowohl in Forschungsprojekten wie auch in der Politikberatung mit zahlreichen Institutionen aus der Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Interessensorganisationen und Non-Profit-Unternehmen im In- und Ausland.

Dr. Ulrike Kozeluh ist Politologin, Arbeitsschwerpunkte sind Demokratietheorie, Partizipationsforschung, Wissenschaftskommunikation.